

Gesetz- und Verordnungsblatt



Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin

Herausgeber: Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung

75. Jahrgang Nr. 28

Berlin, den 16. Oktober 2019

03227

16.9.2019	Verordnung zur Regelung der Voraussetzungen und des Verfahrens der Studienakkreditierung im Land Berlin (Studienakkreditierungsverordnung Berlin – BlnStudAkkV)	618
	221-29-1	
16.9.2019	Verordnung über die Einrichtung gemeinsamer Bereitschaftsdienstpläne für Fixierungen und Unterbringungen an den Amtsgerichten sowie Änderung der Zuweisungsverordnung	627
	301-27-2; 301-27-1	
23.9.2019	Verordnung über die Veränderungssperre 1-98/28 im Bezirk Mitte, Ortsteil Mitte	628
24.9.2019	Verordnung über die Veränderungssperre 3-57/16 im Bezirk Pankow, Ortsteil Rosenthal	629
24.9.2019	Verordnung über ein Vorkaufsrecht des Landes Berlin an Grundstücken innerhalb der Gebiete Böttgerstraßenviertel im Bezirk Mitte, Ortsteil Gesundbrunnen, und Langhansstraße im Bezirk Pankow, Ortsteil Weißensee	630
	2130-3-175	
25.9.2019	Verordnung über die Festsetzung des Bebauungsplans XXIII-38 im Bezirk Marzahn-Hellersdorf, Ortsteile Kaulsdorf und Biesdorf	633
1.10.2019	Verordnung über die Festsetzung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans I-43b VE im Bezirk Mitte, Ortsteil Mitte	634
30.9.2019	Bekanntmachung gemäß Artikel 1 § 5 des Gesetzes zur Anpassung der Besoldung und Versorgung für das Land Berlin 2019/2020 und zur Änderung weiterer besoldungsrechtlicher Vorschriften (BerlBVAnpG 2019/2020) vom 5. September 2019 (GVBl. S. 551)	635
	2032-48; 2032-49	

Verordnung

zur Regelung der Voraussetzungen und des Verfahrens der Studienakkreditierung im Land Berlin (Studienakkreditierungsverordnung Berlin – BlnStudAkkV)

Vom 16. September 2019

Auf Grund von § 2 des Gesetzes zum Staatsvertrag über die Organisation eines gemeinsamen Akkreditierungssystems zur Qualitätssicherung in Studium und Lehre an deutschen Hochschulen vom 26. Oktober 2017 (GVBl. S. 542) in Verbindung mit Artikel 4 Absatz 1 bis 4 des Studienakkreditierungsstaatsvertrages vom 1. bis 20. Juni 2017 (GVBl. S. 543) verordnet der Regierende Bürgermeister von Berlin:

Inhaltsübersicht

Teil 1 Allgemeine Vorschriften

- § 1 Anwendungsbereich
- § 2 Formen der Akkreditierung

Teil 2 Formale Kriterien für Studiengänge

- § 3 Studienstruktur und Studiendauer
- § 4 Studiengangsprofile
- § 5 Zugangsvoraussetzungen und Übergänge zwischen Studienangeboten
- § 6 Abschlüsse und Abschlussbezeichnungen
- § 7 Modularisierung
- § 8 Leistungspunktesystem
- § 9 Besondere Kriterien für Kooperationen mit nichthochschulischen Einrichtungen
- § 10 Sonderregelungen für Joint-Degree-Programme

Teil 3 Fachlich-inhaltliche Kriterien für Studiengänge und Qualitätsmanagementsysteme

- § 11 Qualifikationsziele und Abschlussniveau
- § 12 Schlüssiges Studiengangskonzept und adäquate Umsetzung
- § 13 Fachlich-inhaltliche Gestaltung der Studiengänge
- § 14 Studienerfolg
- § 15 Geschlechtergerechtigkeit und Nachteilsausgleich
- § 16 Sonderregelungen für Joint-Degree-Programme
- § 17 Konzept des Qualitätsmanagementsystems (Ziele, Prozesse, Instrumente)
- § 18 Maßnahmen zur Umsetzung des Qualitätsmanagementkonzepts
- § 19 Kooperationen mit nichthochschulischen Einrichtungen
- § 20 Hochschulische Kooperationen
- § 21 Besondere Kriterien für Bachelorausbildungsgänge an Berufsakademien

Teil 4 Verfahrensregeln für die Programm- und Systemakkreditierung

- § 22 Entscheidung des Akkreditierungsrates; Verleihung des Siegels
- § 23 Vorzulegende Unterlagen
- § 24 Beauftragung einer Agentur; Akkreditierungsgutachten; Begehung
- § 25 Zusammensetzung des Begutachtungsgremiums; Anforderungen an die Gutachterinnen und Gutachter
- § 26 Geltungszeitraum der Akkreditierung; Verlängerung

- § 27 Auflagen
- § 28 Anzeigepflicht bei Änderungen
- § 29 Veröffentlichung
- § 30 Bündelakkreditierung; Teil-Systemakkreditierung
- § 31 Stichproben

Teil 5 Verfahrensregeln für besondere Studiengangsformen

- § 32 Kombinationsstudiengänge
- § 33 Joint-Degree-Programme

Teil 6 Alternative Akkreditierungsverfahren nach Artikel 3 Absatz 1 Nummer 3 des Studienakkreditierungsstaatsvertrages

- § 34 Alternative Akkreditierungsverfahren

Teil 7 Sonstiges

- § 35 Verbindung mit Verfahren, die die berufszulassungsrechtliche Eignung eines Studiengangs zum Gegenstand haben
- § 36 Evaluation
- § 37 Inkrafttreten

Teil 1 Allgemeine Vorschriften

§ 1 Anwendungsbereich

(1) Diese Verordnung regelt das Nähere zu den formalen Kriterien nach Artikel 2 Absatz 2, zu den fachlich-inhaltlichen Kriterien nach Artikel 2 Absatz 3 sowie zum Verfahren nach Artikel 3 des Studienakkreditierungsstaatsvertrages.

(2) Soweit in dieser Verordnung keine besonderen Bestimmungen getroffen werden, gelten die nachfolgenden Regelungen der Programmakkreditierung auch für Ausbildungsgänge an staatlichen und staatlich anerkannten Berufsakademien, die zu der Abschlussbezeichnung Bachelor führen.

§ 2 Formen der Akkreditierung

Formen der Akkreditierung sind die Verfahren nach Artikel 3 Absatz 1 Nummer 1 des Studienakkreditierungsstaatsvertrages (Systemakkreditierung), nach Artikel 3 Absatz 1 Nummer 2 des Studienakkreditierungsstaatsvertrages (Programmakkreditierung) und nach Artikel 3 Absatz 1 Nummer 3 des Studienakkreditierungsstaatsvertrages (alternative Akkreditierung).

Teil 2 Formale Kriterien für Studiengänge

§ 3 Studienstruktur und Studiendauer

(1) Im System gestufter Studiengänge ist der Bachelorabschluss der erste berufsqualifizierende Regelabschluss eines Hochschulstudiums; der Masterabschluss stellt einen weiteren berufsqualifizierenden Hochschulabschluss dar. Grundständige Studiengänge, die unmittelbar zu einem Masterabschluss führen, sind mit Ausnahme der in Absatz 3 genannten Studiengänge ausgeschlossen.

(2) Die Regelstudienzeiten für ein Vollzeitstudium betragen sechs, sieben oder acht Semester bei den Bachelorstudiengängen und vier, drei oder zwei Semester bei den Masterstudiengängen. Im Bachelorstudium beträgt die Regelstudienzeit im Vollzeitstudium mindestens drei Jahre. Bei konsekutiven Studiengängen beträgt die Gesamtregelstudienzeit im Vollzeitstudium fünf Jahre. Kürzere und längere Regelstudienzeiten sind bei entsprechender Studienorganisatorischer Gestaltung ausnahmsweise möglich, um den Studierenden eine individuelle Lernbiografie, insbesondere durch Teilzeit-, Fern-, berufsbegleitendes oder duales Studium sowie berufspraktische Semester, zu ermöglichen. Abweichend von Satz 3 können in den künstlerischen Kernfächern an Kunst- und Musikhochschulen konsekutive Bachelor- und Masterstudiengänge auch mit einer Gesamtregelstudienzeit von sechs Jahren eingerichtet werden.

(3) Theologische Studiengänge, die für das Pfarramt, das Priesteramt und den Beruf der Pastoralreferentin oder des Pastoralreferenten qualifizieren (Theologisches Vollstudium), müssen nicht gestuft sein und können eine Regelstudienzeit von zehn Semestern aufweisen.

§ 4

Studiengangsprofile

(1) Masterstudiengänge können in „anwendungsorientierte“ und „forschungsorientierte“ unterschieden werden. Masterstudiengänge an Kunst- und Musikhochschulen können ein besonderes künstlerisches Profil haben. Masterstudiengänge, in denen die Bildungsvoraussetzungen für ein Lehramt vermittelt werden, haben ein besonderes lehramtsbezogenes Profil. Das jeweilige Profil ist in der Akkreditierung festzustellen.

(2) Bei der Einrichtung eines Masterstudiengangs ist festzulegen, ob er konsekutiv oder weiterbildend ist. Weiterbildende Masterstudiengänge entsprechen in den Vorgaben zur Regelstudienzeit und zur Abschlussarbeit den konsekutiven Masterstudiengängen und führen zu dem gleichen Qualifikationsniveau und zu denselben Berechtigungen.

(3) Bachelor- und Masterstudiengänge sehen eine Abschlussarbeit vor, mit der die Fähigkeit nachgewiesen wird, innerhalb einer vorgegebenen Frist ein Problem aus dem jeweiligen Fach selbstständig nach wissenschaftlichen oder künstlerischen Methoden zu bearbeiten.

§ 5

Zugangsvoraussetzungen und Übergänge zwischen Studienangeboten

(1) Zugangsvoraussetzung für einen Masterstudiengang ist ein erster berufsqualifizierender Hochschulabschluss. Weiterbildende Masterstudiengänge setzen qualifizierte berufspraktische Erfahrung von in der Regel nicht unter einem Jahr voraus.

(2) Zugangsvoraussetzung für künstlerische Masterstudiengänge ist eine besonders nachzuweisende künstlerische Eignung.

(3) Die Zugangsvoraussetzungen zu Masterstudiengängen nach dem Berliner Hochschulgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Juli 2011 (GVBl. S. 378), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 2. Februar 2018 (GVBl. S. 160) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung und der Kunsthochschulzugangsverordnung vom 14. September 2011 (GVBl. S. 479) in der jeweils geltenden Fassung bleiben im Übrigen unberührt.

§ 6

Abschlüsse und Abschlussbezeichnungen

(1) Nach einem erfolgreich abgeschlossenen Bachelor- oder Masterstudiengang wird jeweils nur ein Grad, der Bachelor- oder Mastergrad, verliehen, es sei denn, es handelt sich um einen im Rahmen von internationalen Kooperationen erworbenen Doppel- oder Mehrfachabschluss (Multiple-Degree-Abschluss). Dabei findet keine

Differenzierung der Abschlussgrade nach der Dauer der Regelstudienzeit statt.

(2) Für Bachelor- und konsekutive Mastergrade sind folgende Bezeichnungen zu verwenden:

1. Bachelor of Arts (B.A.) und Master of Arts (M.A.) in den Fächergruppen Sprach- und Kulturwissenschaften, Sport, Sportwissenschaft, Sozialwissenschaften, Kunstwissenschaft, Darstellende Kunst und bei entsprechender inhaltlicher Ausrichtung in der Fächergruppe Wirtschaftswissenschaften sowie in künstlerisch angewandten Studiengängen,
2. Bachelor of Science (B.Sc.) und Master of Science (M.Sc.) in den Fächergruppen Mathematik, Naturwissenschaften, Medizin, Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften, in den Fächergruppen Ingenieurwissenschaften und Wirtschaftswissenschaften bei entsprechender inhaltlicher Ausrichtung,
3. Bachelor of Engineering (B.Eng.) und Master of Engineering (M.Eng.) in der Fächergruppe Ingenieurwissenschaften bei entsprechender inhaltlicher Ausrichtung,
4. Bachelor of Laws (LL.B.) und Master of Laws (LL.M.) in der Fächergruppe Rechtswissenschaften,
5. Bachelor of Fine Arts (B.F.A.) und Master of Fine Arts (M.F.A.) in der Fächergruppe Freie Kunst,
6. Bachelor of Music (B.Mus.) und Master of Music (M.Mus.) in der Fächergruppe Musik,
7. Bachelor of Education (B.Ed.) und Master of Education (M.Ed.) für Studiengänge, in denen die Bildungsvoraussetzungen für ein Lehramt vermittelt werden.

Statt der Abschlussbezeichnungen Bachelor und Master können auch die lateinischen Bezeichnungen Baccalaureus oder Baccalarea und Magister oder Magistra verwendet werden. Für einen polyvalenten Studiengang kann entsprechend dem inhaltlichen Schwerpunkt des Studiengangs eine Bezeichnung nach Satz 1 Nummer 1 bis 7 vorgesehen werden. Fachliche Zusätze zu den Abschlussbezeichnungen und gemischtsprachige Abschlussbezeichnungen sind ausgeschlossen. Bachelorgrade mit dem Zusatz „honours“ („hon.“) sind ausgeschlossen. Bei interdisziplinären und Kombinationsstudiengängen richtet sich die Abschlussbezeichnung nach demjenigen Fachgebiet, dessen Bedeutung im Studiengang überwiegt. Für Weiterbildungsstudiengänge dürfen auch Mastergrade verwendet werden, die von den vorgenannten Bezeichnungen abweichen. Für das Theologische Vollstudium gemäß § 3 Absatz 3 können auch abweichende Bezeichnungen verwendet werden.

(3) In den Abschlussdokumenten darf an geeigneter Stelle verdeutlicht werden, dass das Qualifikationsniveau des Bachelorabschlusses einem Diplomabschluss an Fachhochschulen und das Qualifikationsniveau eines Masterabschlusses einem Diplomabschluss an Universitäten oder gleichgestellten Hochschulen entspricht.

(4) Auskunft über das dem Abschluss zugrunde liegende Studium im Einzelnen erteilt das Diploma Supplement, das Bestandteil jedes Abschlusszeugnisses ist.

§ 7

Modularisierung

(1) Die Studiengänge sind in Studieneinheiten (Module) zu gliedern, die durch die Zusammenfassung von Studieninhalten thematisch und zeitlich abgegrenzt sind. Die Inhalte eines Moduls sind so zu bemessen, dass sie in der Regel innerhalb von maximal zwei aufeinander folgenden Semestern vermittelt werden können; in besonders begründeten Ausnahmefällen kann sich ein Modul auch über mehr als zwei Semester erstrecken. Für das künstlerische Kernfach im Bachelorstudium sind mindestens zwei Module verpflichtend, die etwa zwei Drittel der Arbeitszeit in Anspruch nehmen können.

(2) Die Beschreibung eines Moduls soll mindestens enthalten:

1. Inhalte und Qualifikationsziele des Moduls,
2. Lehr- und Lernformen,
3. Voraussetzungen für die Teilnahme,
4. Verwendbarkeit des Moduls,
5. Voraussetzungen für die Vergabe von ECTS-Leistungspunkten entsprechend dem European Credit Transfer System (ECTS-Leistungspunkte),
6. ECTS-Leistungspunkte und Benotung,
7. Häufigkeit des Angebots des Moduls,
8. Arbeitsaufwand und
9. Dauer des Moduls.

(3) Unter den Voraussetzungen für die Teilnahme sind die Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten für eine erfolgreiche Teilnahme und Hinweise für die geeignete Vorbereitung durch die Studierenden zu benennen. Im Rahmen der Verwendbarkeit des Moduls ist darzustellen, welcher Zusammenhang mit anderen Modulen desselben Studiengangs besteht und inwieweit es zum Einsatz in anderen Studiengängen geeignet ist. Bei den Voraussetzungen für die Vergabe von ECTS-Leistungspunkten ist anzugeben, wie ein Modul erfolgreich absolviert werden kann (Prüfungsart, -umfang, -dauer).

§ 8

Leistungspunktesystem

(1) Jedem Modul ist in Abhängigkeit vom Arbeitsaufwand für die Studierenden eine bestimmte Anzahl von ECTS-Leistungspunkten zuzuordnen. Je Semester sind in der Regel 30 ECTS-Leistungspunkte zu Grunde zu legen. Ein ECTS-Leistungspunkt entspricht einer Gesamtarbeitsleistung der Studierenden im Präsenz- und Selbststudium von 25 bis höchstens 30 Zeitstunden. Für ein Modul werden ECTS-Leistungspunkte gewährt, wenn die in der Prüfungsordnung vorgesehenen Leistungen nachgewiesen werden. Die Vergabe von ECTS-Leistungspunkten setzt nicht zwingend eine Prüfung, sondern den erfolgreichen Abschluss des jeweiligen Moduls voraus.

(2) Für den Bachelorabschluss sind nicht weniger als 180 ECTS-Leistungspunkte nachzuweisen. Für den Masterabschluss werden unter Einbeziehung des vorangehenden Studiums bis zum ersten berufsqualifizierenden Abschluss 300 ECTS-Leistungspunkte benötigt. Davon kann bei entsprechender Qualifikation der Studierenden im Einzelfall abgewichen werden, auch wenn nach Abschluss eines Masterstudiengangs 300 ECTS-Leistungspunkte nicht erreicht werden. Bei konsekutiven Bachelor- und Masterstudiengängen in den künstlerischen Kernfächern an Kunst- und Musikhochschulen mit einer Gesamtregelstudienzeit von sechs Jahren wird das Masterniveau mit 360 ECTS-Leistungspunkten erreicht.

(3) Der Bearbeitungsumfang beträgt für die Bachelorarbeit sechs bis zwölf ECTS-Leistungspunkte und für die Masterarbeit 15 bis 30 ECTS-Leistungspunkte. In Studiengängen der Freien Kunst kann in begründeten Ausnahmefällen der Bearbeitungsumfang für die Bachelorarbeit bis zu 20 ECTS-Leistungspunkte und für die Masterarbeit bis zu 40 ECTS-Leistungspunkte betragen.

(4) In begründeten Ausnahmefällen können für Studiengänge mit besonderen studienorganisatorischen Maßnahmen bis zu 75 ECTS-Leistungspunkte pro Studienjahr zugrunde gelegt werden. Dabei ist die Arbeitsbelastung eines ECTS-Leistungspunktes mit 30 Stunden bemessen. Besondere studienorganisatorische Maßnahmen können insbesondere Lernumfeld und Betreuung, Studienstruktur, Studienplanung und Maßnahmen zur Sicherung des Lebensunterhalts betreffen.

(5) Bei Lehramtsstudiengängen für Lehrämter der Grundschule oder Primarstufe, für übergreifende Lehrämter der Primarstufe und aller oder einzelner Schularten der Sekundarstufe, für Lehrämter für alle oder einzelne Schularten der Sekundarstufe I sowie für Sonderpädagogische Lehrämter I kann ein Masterabschluss vergeben werden, wenn nach mindestens 240 an der Hochschule erworbenen ECTS-Leistungspunkten unter Einbeziehung des Vorbereitungsdiens insgesamt 300 ECTS-Leistungspunkte erreicht sind.

(6) An Berufsakademien sind bei einer dreijährigen Ausbildungsdauer für den Bachelorabschluss in der Regel 180 ECTS-Leistungspunkte nachzuweisen. Der Umfang der theoriebasierten Ausbildungsanteile darf 120 ECTS-Leistungspunkte, der Umfang der praxisbasierten Ausbildungsanteile 30 ECTS-Leistungspunkte nicht unterschreiten.

§ 9

Besondere Kriterien für Kooperationen mit nichthochschulischen Einrichtungen

(1) Umfang und Art bestehender Kooperationen mit Unternehmen und sonstigen Einrichtungen müssen unter Einbezug nichthochschulischer Lernorte und Studienanteile sowie der Unterrichtssprache oder der Unterrichtssprachen vertraglich geregelt und auf der Internetseite der Hochschule beschrieben sein. Bei der Anwendung von Anrechnungsmodellen im Rahmen von studiengangsbezogenen Kooperationen muss die inhaltliche Gleichwertigkeit anzurechnender nichthochschulischer Qualifikationen und deren Äquivalenz gemäß dem angestrebten Qualifikationsniveau nachvollziehbar dargelegt sein.

(2) Im Fall von studiengangsbezogenen Kooperationen mit nicht-hochschulischen Einrichtungen muss der Mehrwert für die künftigen Studierenden und die gradverleihende Hochschule nachvollziehbar dargelegt sein.

§ 10

Sonderregelungen für Joint-Degree-Programme

(1) Ein Joint-Degree-Programm ist ein gestufter Studiengang, der von einer inländischen Hochschule gemeinsam mit einer oder mehreren Hochschulen ausländischer Staaten aus dem Europäischen Hochschulraum koordiniert und angeboten wird, zu einem gemeinsamen Abschluss führt und folgende weitere Merkmale aufweist:

1. Integriertes Curriculum,
2. Studienanteil an einer ausländischen Hochschule oder mehreren ausländischen Hochschulen von in der Regel mindestens 25 Prozent,
3. vertraglich geregelte Zusammenarbeit,
4. abgestimmtes Zugangs- und Prüfungswesen und
5. eine gemeinsame Qualitätssicherung.

(2) Qualifikationen und Studienzeiten sind in Übereinstimmung mit dem Gesetz zu dem Übereinkommen vom 11. April 1997 über die Anerkennung von Qualifikationen im Hochschulbereich in der europäischen Region vom 16. Mai 2007 (BGBl. 2007 II S. 712, 713) (Lissabon-Konvention) anzuerkennen. Das ECTS ist entsprechend §§ 7 und 8 Absatz 1 anzuwenden und die Verteilung der ECTS-Leistungspunkte muss geregelt sein. Für den Bachelorabschluss sind 180 bis 240 ECTS-Leistungspunkte nachzuweisen und für den Masterabschluss nicht weniger als 60 ECTS-Leistungspunkte. Die wesentlichen Studieninformationen müssen veröffentlicht und für die Studierenden jederzeit zugänglich sein.

(3) Wird ein Joint-Degree-Programm von einer inländischen Hochschule gemeinsam mit einer Hochschule oder mehreren Hochschulen ausländischer Staaten koordiniert und angeboten, die nicht dem Europäischen Hochschulraum angehören (außereuropäische Kooperationspartner), finden auf Antrag der inländischen Hochschule die Absätze 1 und 2 entsprechende Anwendung, wenn sich die außereuropäischen Kooperationspartner in der Kooperationsvereinbarung mit der inländischen Hochschule zu einer Akkreditierung unter Anwendung der in den Absätzen 1 und 2 sowie in § 16 Absatz 1 und § 33 Absatz 1 geregelten Kriterien und Verfahrensregeln verpflichten.

Teil 3

Fachlich-inhaltliche Kriterien für Studiengänge und Qualitätsmanagementsysteme

§ 11

Qualifikationsziele und Abschlussniveau

(1) Die Qualifikationsziele und die angestrebten Lernergebnisse müssen klar formuliert sein und den in Artikel 2 Absatz 3 Nummer 1

des Studienakkreditierungsstaatsvertrages genannten Zielen von Hochschulbildung nachvollziehbar Rechnung tragen. Die Dimension Persönlichkeitsbildung umfasst auch die künftige zivilgesellschaftliche, politische und kulturelle Rolle der Absolventinnen und Absolventen. Die Studierenden sollen nach ihrem Abschluss in der Lage sein, gesellschaftliche Prozesse kritisch, reflektiert sowie mit Verantwortungsbewusstsein und in demokratischem Gemeinsinn maßgeblich mitzugestalten.

(2) Die fachlichen, wissenschaftlichen und künstlerischen Anforderungen müssen die Aspekte Wissen und Verstehen (Wissensverbreiterung, Wissensvertiefung und Wissensverständnis), Einsatz, Anwendung und Erzeugung von Wissen oder Kunst (Nutzung und Transfer, wissenschaftliche Innovation), Kommunikation und Kooperation sowie wissenschaftliches und künstlerisches Selbstverständnis/Professionalität umfassen und stimmig im Hinblick auf das vermittelte Abschlussniveau sein.

(3) Bachelorstudiengänge müssen der Vermittlung von wissenschaftlichen Grundlagen, Methodenkompetenz und berufsfeldbezogenen Qualifikationen dienen und eine breite wissenschaftliche Qualifizierung sicherstellen. Konsekutive Masterstudiengänge sind als vertiefende, verbreiternde, fachübergreifende oder fachlich andere Studiengänge auszugestalten. Weiterbildende Masterstudiengänge müssen qualifizierte berufspraktische Erfahrung von in der Regel nicht unter einem Jahr voraussetzen. Das Studiengangskonzept weiterbildender Masterstudiengänge muss die beruflichen Erfahrungen berücksichtigen und zur Erreichung der Qualifikationsziele an diese anknüpfen. Bei der Konzeption hat die Hochschule den Zusammenhang von beruflicher Qualifikation und Studienangebot sowie die Gleichwertigkeit der Anforderungen zu konsekutiven Masterstudiengängen darzulegen. Künstlerische Studiengänge müssen die Fähigkeit zur künstlerischen Gestaltung fördern und diese fortentwickeln.

§ 12

Schlüssiges Studiengangskonzept und adäquate Umsetzung

(1) Das Curriculum muss unter Berücksichtigung der festgelegten Eingangsqualifikation und im Hinblick auf die Erreichbarkeit der Qualifikationsziele adäquat aufgebaut sein. Die Qualifikationsziele, die Studiengangsbezeichnung, Abschlussgrad und -bezeichnung und das Modulkonzept müssen stimmig aufeinander bezogen sein. Das Studiengangskonzept muss vielfältige, an die jeweilige Fachkultur und das Studienformat angepasste Lehr- und Lernformen sowie gegebenenfalls Praxisanteile umfassen. Es muss geeignete Rahmenbedingungen zur Förderung der studentischen Mobilität schaffen, die den Studierenden einen Aufenthalt an anderen Hochschulen ohne Zeitverlust ermöglichen. Es hat die Studierenden aktiv in die Gestaltung von Lehr- und Lernprozessen einzubeziehen (studierendenzentriertes Lehren und Lernen) und Freiräume für ein selbstgestaltetes Studium zu eröffnen.

(2) Das Curriculum ist durch ausreichendes, fachlich und methodisch-didaktisch qualifiziertes Lehrpersonal umzusetzen. Die Verbindung von Forschung und Lehre ist entsprechend dem Profil der Hochschulart insbesondere durch hauptberuflich tätige Professorinnen und Professoren sowohl in grundständigen als auch weiterführenden Studiengängen zu gewährleisten. Die Hochschule hat geeignete Maßnahmen der Personalauswahl und -qualifizierung zu ergreifen.

(3) Der Studiengang muss darüber hinaus über eine angemessene Ressourcenausstattung (insbesondere nichtwissenschaftliches Personal, Raum- und Sachausstattung, einschließlich IT-Infrastruktur, Lehr- und Lernmittel) verfügen.

(4) Prüfungen und Prüfungsarten müssen eine aussagekräftige Überprüfung der erreichten Lernergebnisse ermöglichen. Sie müssen modulbezogen und kompetenzorientiert ausgestaltet sein.

(5) Die Studierbarkeit in der Regelstudienzeit muss gewährleistet sein. Dazu ist insbesondere erforderlich

1. ein planbarer und verlässlicher Studienbetrieb,
2. die weitgehende Überschneidungsfreiheit von Lehrveranstaltungen und Prüfungen,

3. ein plausibler und der Prüfungsbelastung angemessener durchschnittlicher Arbeitsaufwand, wobei die Lernergebnisse eines Moduls so zu bemessen sind, dass sie in der Regel innerhalb eines Semesters oder eines Jahres erreicht werden können, was in regelmäßigen Erhebungen validiert wird, und
4. eine adäquate und belastungsangemessene Prüfungsdichte und -organisation, wobei in der Regel für ein Modul nur eine Prüfung vorgesehen wird und Module mindestens einen Umfang von fünf ECTS-Leistungspunkten aufweisen sollen.

(6) Studiengänge mit besonderem Profilspruch müssen ein in sich geschlossenes Studiengangskonzept ausweisen, das die besonderen Charakteristika des Profils angemessen darstellt.

§ 13

Fachlich-inhaltliche Gestaltung der Studiengänge

(1) Die Aktualität und Adäquanz der fachlichen und wissenschaftlichen Anforderungen muss gewährleistet sein. Die fachlich-inhaltliche Gestaltung und die methodisch-didaktischen Ansätze des Curriculums müssen kontinuierlich überprüft und an fachliche und didaktische Weiterentwicklungen angepasst werden. Dazu muss eine systematische Berücksichtigung des fachlichen Diskurses auf nationaler und gegebenenfalls internationaler Ebene erfolgen.

(2) In Studiengängen, in denen die Bildungsvoraussetzungen für ein Lehramt vermittelt werden, sind Grundlage der Akkreditierung sowohl die Bewertung der Bildungswissenschaften und Fachwissenschaften sowie deren Didaktik nach ländergemeinsamen und länderspezifischen fachlichen Anforderungen als auch die ländergemeinsamen und länderspezifischen strukturellen Vorgaben für die Lehrkräfteausbildung.

(3) Im Rahmen der Akkreditierung von Lehramtsstudiengängen ist insbesondere zu prüfen, ob

1. ein integratives Studium an Universitäten oder gleichgestellten Hochschulen von mindestens zwei Fachwissenschaften und von Bildungswissenschaften in der Bachelorphase sowie in der Masterphase, wobei Ausnahmen bei den Fächern Kunst und Musik zulässig sind,
2. schulpraktische Studien bereits während des Bachelorstudiums und
3. eine Differenzierung des Studiums und der Abschlüsse nach Lehramtern

erfolgt sind. Ausnahmen beim Lehramt für die beruflichen Schulen sind zulässig.

§ 14

Studienerfolg

Der Studiengang muss unter Beteiligung von Studierenden und Absolventinnen und Absolventen einem kontinuierlichen Monitoring unterliegen. Auf dieser Grundlage sind Maßnahmen zur Sicherung des Studienerfolgs abzuleiten. Diese sind fortlaufend zu überprüfen und die Ergebnisse sind für die Weiterentwicklung des Studiengangs zu nutzen. Die Beteiligten sind über die Ergebnisse und die ergriffenen Maßnahmen unter Beachtung datenschutzrechtlicher Belange zu informieren.

§ 15

Geschlechtergerechtigkeit und Nachteilsausgleich

Die Hochschule muss über Konzepte zur Geschlechtergerechtigkeit und zur Förderung der Chancengleichheit von Studierenden in besonderen Lebenslagen verfügen, die auf der Ebene des Studiengangs umgesetzt werden.

§ 16

Sonderregelungen für Joint-Degree-Programme

(1) Für Joint-Degree-Programme finden die Regelungen des § 11 Absatz 1 und 2, § 12 Absatz 1 Satz 1 bis 3, Absatz 2 Satz 1, Absatz 3 und 4 sowie § 14 entsprechende Anwendung. Daneben gilt:

1. Die Zugangsanforderungen und Auswahlverfahren müssen der Niveaustufe und der Fachdisziplin, in der der Studiengang angesiedelt ist, angemessen sein.
2. Es muss nachgewiesen werden können, dass mit dem Studiengang die angestrebten Lernergebnisse erreicht werden.
3. Soweit einschlägig, müssen die Vorgaben der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl. L 255 vom 30.9.2005, S. 22), die zuletzt durch den delegierten Beschluss (EU) 2016/790 der Kommission vom 13. Januar 2016 (ABl. L 134 vom 24.5.2016, S. 135) geändert worden ist, berücksichtigt sein.
4. Bei der Betreuung, der Gestaltung des Studiengangs und den angewendeten Lehr- und Lernformen müssen die Vielfalt der Studierenden und ihrer Bedürfnisse respektiert und die spezifischen Anforderungen mobiler Studierender berücksichtigt werden.
5. Das Qualitätsmanagementsystem der Hochschule muss die Umsetzung der vorstehenden und der in § 17 genannten Maßgaben gewährleisten.

(2) Wird ein Joint-Degree-Programm von einer inländischen Hochschule gemeinsam mit außereuropäischen Kooperationspartnern gemäß § 10 Absatz 3 koordiniert und angeboten, findet auf Antrag der inländischen Hochschule Absatz 1 entsprechende Anwendung, wenn sich die außereuropäischen Kooperationspartner in der Kooperationsvereinbarung mit der inländischen Hochschule zu einer Akkreditierung unter Anwendung der in Absatz 1 sowie der in § 10 Absatz 1 und 2 und § 33 Absatz 1 geregelten Kriterien und Verfahrensregeln verpflichten.

§ 17

Konzept des Qualitätsmanagementsystems (Ziele, Prozesse, Instrumente)

(1) Die Hochschule muss über ein Leitbild für die Lehre verfügen, das sich in den Curricula ihrer Studiengänge widerspiegelt. Das Qualitätsmanagementsystem muss den Werten und Normen des Leitbildes für die Lehre folgen und darauf abzielen, die Studienqualität kontinuierlich zu verbessern. Es muss die systematische Umsetzung der in Teil 2 und 3 genannten Maßgaben gewährleisten. Die Hochschule muss Entscheidungsprozesse, Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten für die Einrichtung, Überprüfung, Weiterentwicklung und Einstellung von Studiengängen und die hochschuleigenen Verfahren zur Akkreditierung von Studiengängen im Rahmen ihres Qualitätsmanagementsystems festgelegt und hochschulweit veröffentlicht haben.

(2) Das Qualitätsmanagementsystem muss unter Beteiligung der Mitgliedsgruppen der Hochschule und unter Einbeziehung externen Sachverständigen erstellt worden sein. Es hat die Unabhängigkeit von Qualitätsbewertungen sicherzustellen und Verfahren zum Umgang mit hochschulinternen Konflikten sowie ein internes Beschwerdesystem zu enthalten. Es muss auf geschlossenen Regelkreisen beruhen, alle Leistungsbereiche der Hochschule, die für Studium und Lehre unmittelbar relevant sind, umfassen und über eine angemessene und nachhaltige Ressourcenausstattung verfügen. Funktionsfähigkeit und Wirksamkeit mit Bezug auf die Studienqualität sind von der Hochschule regelmäßig zu überprüfen und kontinuierlich weiterzuentwickeln.

§ 18

Maßnahmen zur Umsetzung des Qualitätsmanagementkonzepts

(1) Das Qualitätsmanagementsystem muss regelmäßige Bewertungen der Studiengänge und der für Lehre und Studium relevanten Leistungsbereiche durch interne und externe Studierende, hochschulexterne wissenschaftliche Expertinnen und Experten, Vertreterinnen und Vertreter der Berufspraxis sowie Absolventinnen und Absolventen beinhalten. Zeigt sich dabei Handlungsbedarf, sind die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen und umzusetzen.

(2) Sofern auf der Grundlage des Qualitätsmanagementsystems der Hochschule auch Bewertungen von Lehramtsstudiengängen,

Lehramtsstudiengängen mit dem Kombinationsfach Evangelische oder Katholische Theologie/Religion, evangelisch-theologischen Studiengängen, die für das Pfarramt qualifizieren, und anderen Bachelor- und Masterstudiengängen mit dem Kombinationsfach Evangelische oder Katholische Theologie vorgenommen werden, gelten die Mitwirkungs- und Zustimmungserfordernisse gemäß § 25 Absatz 1 Satz 3 bis 5 entsprechend.

(3) Die für die Umsetzung des Qualitätsmanagementsystems erforderlichen Daten sind hochschulweit und regelmäßig zu erheben.

(4) Die Hochschule hat die Bewertung der Studiengänge des hochschulinternen Qualitätsmanagementsystems unter Einschluss der Voten der externen Beteiligten zu dokumentieren und Hochschulmitglieder, Öffentlichkeit, Träger und Sitzland regelmäßig über die ergriffenen Maßnahmen zu informieren. Sie hat die Öffentlichkeit über die auf der Grundlage des hochschulinternen Verfahrens erfolgten Akkreditierungsentscheidungen zu informieren und dem Akkreditierungsrat die zur Veröffentlichung nach § 29 erforderlichen Informationen zur Verfügung zu stellen.

§ 19

Kooperationen mit nichthochschulischen Einrichtungen

Führt eine Hochschule einen Studiengang in Kooperation mit einer nichthochschulischen Einrichtung durch, ist die Hochschule für die Einhaltung der Maßgaben gemäß der Teile 2 und 3 verantwortlich. Die gradverleihende Hochschule darf Entscheidungen über Inhalt und Organisation des Curriculums, über Zulassung, Anerkennung und Anrechnung, über die Aufgabenstellung und Bewertung von Prüfungsleistungen, über die Verwaltung von Prüfungs- und Studierendendaten, über die Verfahren der Qualitätssicherung sowie über Kriterien und Verfahren der Auswahl des Lehrpersonals nicht delegieren.

§ 20

Hochschulische Kooperationen

(1) Führt eine Hochschule eine studiengangsbezogene Kooperation mit einer anderen Hochschule durch, hat die gradverleihende Hochschule oder haben die gradverleihenden Hochschulen die Umsetzung und die Qualität des Studiengangskonzeptes zu gewährleisten. Art und Umfang der Kooperation müssen beschrieben und die der Kooperation zu Grunde liegenden Vereinbarungen dokumentiert sein.

(2) Führt eine systemakkreditierte Hochschule eine studiengangsbezogene Kooperation mit einer anderen Hochschule durch, kann die systemakkreditierte Hochschule dem Studiengang das Siegel des Akkreditierungsrates gemäß § 22 Absatz 4 Satz 2 verleihen, sofern sie selbst gradverleihend ist und die Umsetzung und die Qualität des Studiengangskonzeptes gewährleistet. Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend.

(3) Im Fall der Kooperation von Hochschulen auf der Ebene ihrer Qualitätsmanagementsysteme ist eine Systemakkreditierung jeder der beteiligten Hochschulen erforderlich. Auf Antrag der kooperierenden Hochschulen ist ein gemeinsames Verfahren der Systemakkreditierung zulässig.

§ 21

Besondere Kriterien für Bachelorausbildungsgänge an Berufsakademien

(1) Die hauptberuflichen Lehrkräfte an Berufsakademien müssen die Einstellungsvoraussetzungen für Professorinnen und Professoren an Fachhochschulen gemäß § 44 des Hochschulrahmengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Januar 1999 (BGBl. I S. 18), das zuletzt durch Artikel 6 Absatz 2 des Gesetzes vom 23. Mai 2017 (BGBl. I S. 1228) geändert worden ist, erfüllen. Soweit Lehrangebote überwiegend der Vermittlung praktischer Fertigkeiten und Kenntnisse dienen, für die nicht die Einstellungsvoraussetzungen für Professorinnen oder Professoren an Fachhochschulen erforderlich sind, können diese entsprechend § 56 des Hochschulrahmengesetzes und einschlägigem Landesrecht hauptberuflich tätigen Lehrkräften für besondere Aufgaben übertragen werden. Der

Anteil der Lehre, der von hauptberuflichen Lehrkräften erbracht wird, soll 40 Prozent nicht unterschreiten. Im Ausnahmefall gehören dazu auch Professorinnen oder Professoren an Fachhochschulen oder Universitäten, die in Nebentätigkeit an einer Berufsakademie lehren, wenn auch durch sie die Kontinuität im Lehrangebot und die Konsistenz der Gesamtbildung sowie verpflichtend die Betreuung und Beratung der Studierenden gewährleistet sind; das Vorliegen dieser Voraussetzungen ist im Rahmen der Akkreditierung des einzelnen Studiengangs gesondert festzustellen.

(2) Absatz 1 Satz 1 gilt entsprechend für nebenberufliche Lehrkräfte, die theoriebasierte, zu ECTS-Leistungspunkten führende Lehrveranstaltungen anbieten oder die als Prüferinnen oder Prüfer an der Ausgabe und Bewertung der Bachelorarbeit mitwirken. Lehrveranstaltungen nach Satz 1 können ausnahmsweise auch von nebenberuflichen Lehrkräften angeboten werden, die über einen fachlich einschlägigen Hochschulabschluss oder einen gleichwertigen Abschluss sowie über eine fachwissenschaftliche und didaktische Befähigung und über eine mehrjährige fachlich einschlägige Berufserfahrung entsprechend den Anforderungen an die Lehrveranstaltung verfügen.

(3) Im Rahmen der Akkreditierung ist auch zu überprüfen:

1. das Zusammenwirken der unterschiedlichen Lernorte (Studienakademie und Betrieb),
2. die Sicherung von Qualität und Kontinuität im Lehrangebot und in der Betreuung und Beratung der Studierenden vor dem Hintergrund der besonderen Personalstruktur an Berufsakademien und
3. das Bestehen eines nachhaltigen Qualitätsmanagementsystems, das die unterschiedlichen Lernorte umfasst.

Teil 4 **Verfahrensregeln für die Programm- und Systemakkreditierung**

§ 22

Entscheidung des Akkreditierungsrates;
Verleihung des Siegels

(1) Der Akkreditierungsrat entscheidet auf Antrag der Hochschule über die Akkreditierung durch die Feststellung der Einhaltung der formalen Kriterien und der fachlich-inhaltlichen Kriterien gemäß Artikel 3 Absatz 5 Satz 1 des Studienakkreditierungsstaatsvertrages in Verbindung mit Teil 2 und 3 dieser Verordnung. Grundlage für die Entscheidung über die formalen Kriterien ist ein Prüfbericht gemäß Artikel 4 Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 Buchstabe b des Studienakkreditierungsstaatsvertrages. Grundlage für die Entscheidung über die fachlich-inhaltlichen Kriterien ist ein Gutachten gemäß Artikel 3 Absatz 2 Satz 1 Nummer 4 des Studienakkreditierungsstaatsvertrages.

(2) Die Entscheidung ergeht durch schriftlichen Bescheid. Sie ist zu begründen.

(3) Die Hochschule erhält vor der Entscheidung des Akkreditierungsrates Gelegenheit zur Stellungnahme, wenn er von der Empfehlung der Gutachterinnen und Gutachter in erheblichem Umfang abzuweichen beabsichtigt. Die Frist zur Stellungnahme beträgt einen Monat.

(4) Mit der Akkreditierung verleiht der Akkreditierungsrat dem Studiengang oder dem Qualitätsmanagementsystem sein Siegel. Bei einer Systemakkreditierung erhält die Hochschule das Recht, das Siegel des Akkreditierungsrates für die von ihr geprüften Studiengänge selbst zu verleihen.

(5) Die Akkreditierung von katholisch-theologischen Studiengängen, die für das Priesteramt und den Beruf der Pastoralreferentin oder des Pastoralreferenten qualifizieren, erfolgt ausschließlich in Form der Programmakkreditierung. Die Entscheidung des Akkreditierungsrates bedarf in volltheologischen und teiltheologischen Studiengängen der Zustimmung der zuständigen kirchlichen Stellen.

§ 23

Vorzulegende Unterlagen

(1) Dem Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen:

1. Selbstbericht der Hochschule,
2. ein Akkreditierungsbericht einer beim Akkreditierungsrat zugelassenen Agentur, der aus einem Prüfbericht und einem Gutachten besteht; im Fall der Systemakkreditierung muss sich der Prüfbericht auf die Nachweise gemäß Nummer 3 und 4 beziehen,
3. bei Antrag auf Systemakkreditierung zusätzlich der Nachweis, dass mindestens ein Studiengang das Qualitätsmanagementsystem durchlaufen hat,
4. bei Antrag auf Systemreakkreditierung der Nachweis, dass grundsätzlich alle Bachelor- und Masterstudiengänge das Qualitätsmanagementsystem mindestens einmal durchlaufen haben.

(2) Von den Unterlagen nach Absatz 1 Nummer 2 sind, soweit sie nicht in deutscher Sprache verfasst sind, Übersetzungen in deutscher Sprache vorzulegen.

(3) Soweit der Akkreditierungsrat ein elektronisches Datenverarbeitungssystem zur Verfügung stellt, ist dieses zu nutzen.

§ 24

Beauftragung einer Agentur;
Akkreditierungsgutachten; Begehung

(1) Die Hochschule hat eine beim Akkreditierungsrat gemäß Artikel 5 Absatz 3 Nummer 5 des Studienakkreditierungsstaatsvertrages zugelassene Agentur mit der Begutachtung der formalen und fachlich-inhaltlichen Kriterien und der Erstellung eines Akkreditierungsberichts zu beauftragen. Für katholisch-theologische Studiengänge, die für das Priesteramt und den Beruf der Pastoralreferentin oder des Pastoralreferenten qualifizieren, erfolgt die Begutachtung durch die Agentur für Qualitätssicherung und Akkreditierung kanonischer Studiengänge in Deutschland, die durch den Akkreditierungsrat zugelassen ist.

(2) Die Hochschule hat der Agentur einen Selbstbericht zur Verfügung zu stellen, der mindestens Angaben zu den Qualitätszielen der Hochschule und zu den formalen und fachlich-inhaltlichen Kriterien nach Teil 2 und 3 enthält. Der Selbstbericht der Hochschule, an dessen Erstellung die Studierendenvertretung zu beteiligen ist, soll für die Programmakkreditierung 20 Seiten und für die System- und Bündelakkreditierung 50 Seiten nicht überschreiten.

(3) Der Prüfbericht wird von der Agentur erstellt; bei Studiengängen nach § 25 Absatz 1 Satz 3 und 4 bedarf der Prüfbericht der Zustimmung der dort jeweils benannten Personen. Maßgebliche Standards für den Prüfbericht sind die formalen Kriterien nach Teil 2. Er muss einen Vorschlag zur Feststellung der Einhaltung der formalen Kriterien enthalten. Der Prüfbericht ist in dem durch den Akkreditierungsrat vorzugebenden Raster abzufassen. Über die Nichterfüllung eines formalen Kriteriums ist die Hochschule unverzüglich zu informieren.

(4) Das Gutachten ist vom Begutachtungsgremium nach § 25 abzugeben. Das Begutachtungsgremium erhält den Prüfbericht nach Absatz 3. Maßgebliche Standards für das Gutachten sind die fachlich-inhaltlichen Kriterien nach Teil 3. Es enthält einen Vorschlag zur Feststellung der Einhaltung der fachlich-inhaltlichen Kriterien. Das Gutachten ist in dem durch den Akkreditierungsrat vorzugebenden Raster abzufassen und soll für die Programmakkreditierung 20 Seiten und für die System- und Bündelakkreditierung 100 Seiten nicht überschreiten.

(5) Im Rahmen der Begutachtung der fachlich-inhaltlichen Kriterien muss eine Begehung durch das Begutachtungsgremium stattfinden. Bei der Akkreditierung eines Studiengangs, der zum Zeitpunkt der Beauftragung der Agentur noch nicht angeboten wird (Konzeptakkreditierung), kann das Begutachtungsgremium einvernehmlich auf eine Begehung verzichten. Gleiches gilt bei der Reakkreditierung eines Studiengangs.

§ 25

Zusammensetzung des Begutachtungsgremiums;
Anforderungen an die Gutachterinnen und Gutachter

(1) Dem Begutachtungsgremium der Agenturen gehören bei einer Programmakkreditierung mindestens vier Personen an. Es setzt sich wie folgt zusammen:

1. mindestens zwei fachlich nahestehende Hochschullehrerinnen oder Hochschullehrer,
2. eine fachlich nahestehende Vertreterin oder ein fachlich nahestehender Vertreter aus der beruflichen Praxis,
3. eine fachlich nahestehende Studierende oder ein fachlich nahestehender Studierender.

Bei der Akkreditierung von Studiengängen, die die Befähigung für die Aufnahme in den Vorbereitungsdienst für ein Lehramt vermitteln, tritt eine Vertreterin oder ein Vertreter der für das Schulwesen zuständigen Obersten Landesbehörde an die Stelle der Person nach Nummer 2; bei Lehramtsstudiengängen mit dem Kombinationsfach Evangelische oder Katholische Theologie/Religion tritt zusätzlich eine Vertreterin oder ein Vertreter der örtlich zuständigen Diözese oder Landeskirche hinzu. Bei der Akkreditierung im Theologischen Vollstudium gemäß § 3 Absatz 3 und in allen anderen Bachelor- und Masterstudiengängen mit dem Kombinationsfach Evangelische oder Katholische Theologie/Religion tritt an die Stelle der Person nach Nummer 2 eine Vertreterin oder ein Vertreter der zuständigen kirchlichen Stelle. Für die in den Sätzen 3 und 4 genannten Studiengänge bedarf die Abgabe des Gutachtens gemäß § 24 Absatz 4 Satz 1 der Zustimmung der jeweils genannten Personen; ohne diese Zustimmung erfolgt keine Vorlage des Gutachtens an den Akkreditierungsrat.

(2) Dem Begutachtungsgremium der Agenturen gehören bei einer Systemakkreditierung mindestens fünf Personen an. Es setzt sich wie folgt zusammen:

1. mindestens drei Hochschullehrerinnen oder Hochschullehrer mit einschlägiger Erfahrung in der Qualitätssicherung im Bereich Lehre,
2. eine Vertreterin oder ein Vertreter aus der beruflichen Praxis,
3. eine Studierende oder ein Studierender.

(3) Sofern bei aufwändigen Verfahren ein größeres Begutachtungsgremium eingesetzt wird, ist dabei das Verhältnis der Anteile der darin vertretenen Gruppen gemäß Absatz 1 und 2 zu wahren.

(4) Die Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer müssen über die Mehrheit der Stimmen verfügen. In dem jeweiligen Begutachtungsgremium muss die Mehrzahl der Gutachterinnen und Gutachter über Erfahrungen mit Akkreditierungen verfügen. Bei einer Systemakkreditierung muss die Mehrzahl der Gutachterinnen und Gutachter über Erfahrungen mit Systemakkreditierungen verfügen.

(5) Die Gutachterinnen und Gutachter werden von der mit der Erstellung des Akkreditierungsberichts beauftragten Agentur benannt. Die Agentur ist bei der Bestellung an das von der Hochschulrektorenkonferenz zu entwickelnde Verfahren gemäß Artikel 3 Absatz 3 Satz 3 des Studienakkreditierungsstaatsvertrages gebunden.

(6) Als Gutachterin oder Gutachter ist ausgeschlossen, wer

1. an der Hochschule, die den Antrag auf Akkreditierung stellt, tätig oder eingeschrieben ist,
2. bei Kooperationsstudiengängen oder Joint-Degree-Programmen an einer der an dem Studiengang beteiligten Hochschulen tätig oder eingeschrieben ist oder
3. nach in der Wissenschaft üblichen Regeln als befangen gilt.

(7) Die Agentur teilt der Hochschule vor der Benennung der Gutachterinnen und Gutachter die personelle Zusammensetzung des Begutachtungsgremiums mit. Die Hochschule hat ein Recht zur Stellungnahme innerhalb einer Frist von zwei Wochen.

§ 26

Geltungszeitraum der Akkreditierung; Verlängerung

(1) Die erstmalige Akkreditierung ist für den Zeitraum von acht Jahren ab Beginn des Semesters oder Trimesters gültig, in dem die

Akkreditierungsentscheidung bekanntgegeben wird. Ist bei einer Programmakkreditierung der Studiengang noch nicht eröffnet, ist die Akkreditierung ab dem Beginn des Semesters oder Trimesters, in dem der Studiengang erstmalig angeboten wird, spätestens aber mit Beginn des zweiten auf die Bekanntgabe der Akkreditierungsentscheidung folgenden Semesters oder Trimesters wirksam.

(2) Vor Ablauf des Geltungszeitraums der Akkreditierung ist eine unmittelbar anschließende Akkreditierung (Reakkreditierung) einzuleiten. Reakkreditierungen sind für den Zeitraum von acht Jahren gültig.

(3) Wird ein akkreditierter Studiengang nicht fortgeführt, kann die Akkreditierung für bei Ablauf des Geltungszeitraums der Akkreditierung noch eingeschriebene Studierende verlängert werden. Die Akkreditierung eines Studiengangs kann für einen Zeitraum von bis zu zwei Jahren verlängert werden, wenn die Hochschule einen Antrag auf eine Bündel- oder Systemakkreditierung vorbereitet, in die der jeweilige Studiengang einbezogen ist. Bei Antragstellung auf eine Bündel- oder Systemakkreditierung kann die Akkreditierung von Studiengängen, deren Akkreditierung während des Verfahrens endet, für die Dauer des Verfahrens zuzüglich eines Jahres vorläufig verlängert werden.

§ 27

Auflagen

(1) Für die Erfüllung einer Auflage ist eine Frist von in der Regel zwölf Monaten zu setzen.

(2) In begründeten Ausnahmefällen kann die Frist auf Antrag der Hochschule verlängert werden.

(3) Die Erfüllung der Auflage ist gegenüber dem Akkreditierungsrat nachzuweisen.

§ 28

Anzeigepflicht bei Änderungen

(1) Die Hochschule ist verpflichtet, dem Akkreditierungsrat unverzüglich jede wesentliche Änderung am Akkreditierungsgegenstand während des Geltungszeitraums der Akkreditierung anzuzeigen.

(2) Der Akkreditierungsrat entscheidet, ob die wesentliche Änderung von der bestehenden Akkreditierung umfasst ist.

§ 29

Veröffentlichung

Die Entscheidung des Akkreditierungsrates und der Akkreditierungsbericht sind vom Akkreditierungsrat auf seiner Internetseite zu veröffentlichen. Bei der Veröffentlichung dürfen personenbezogene Daten nicht offenbart werden, es sei denn, die betroffene Person hat eingewilligt oder die Einholung der Einwilligung der betroffenen Person ist nicht oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand möglich und es ist offensichtlich, dass die Offenbarung im Interesse der betroffenen Person liegt. Sätze 1 und 2 gelten für interne Akkreditierungsentscheidungen systemakkreditierter Hochschulen entsprechend.

§ 30

Bündelakkreditierung; Teil-Systemakkreditierung

(1) Das Gutachten des Begutachtungsgremiums nach § 24 Absatz 4 kann mehrere Studiengänge umfassen, wenn diese eine hohe fachliche Nähe aufweisen, die über die bloße Zugehörigkeit zu einer Fächerkultur (Geistes- und Kulturwissenschaften, Sozialwissenschaften oder Naturwissenschaften) hinaus geht (Bündelakkreditierung). Die fachlich-inhaltlichen Kriterien nach Teil 3 sind für jeden Studiengang gesondert zu prüfen. Ein Bündel soll sich aus nicht mehr als zehn Studiengängen zusammensetzen.

(2) Auf Antrag der Hochschule kann der Akkreditierungsrat die konkrete Zusammensetzung des Bündels vor Einreichung des Antrags nach § 23 genehmigen.

(3) Im Ausnahmefall kann eine studienorganisatorische Teileinheit der Hochschule Gegenstand der Systemakkreditierung sein (Teil-Systemakkreditierung). Dies kann insbesondere der Fall sein, wenn

1. die Akkreditierung des Qualitätsmanagementsystems für die gesamte Hochschule noch nicht sinnvoll oder nicht praktikabel ist,
2. das Qualitätsmanagementsystem der Teileinheit in die Hochschule integriert ist und
3. mindestens ein Studiengang der Teileinheit dieses System bereits durchlaufen hat.

§ 31 Stichproben

(1) Bei der Systemakkreditierung und Teil-Systemakkreditierung wird vom Begutachtungsgremium nach § 25 Absatz 2 eine Stichprobe durchgeführt. In der Stichprobe wird geprüft, ob die im zu begutachtenden Qualitätsmanagementsystem angestrebten Wirkungen auf der Ebene des Studiengangs eintreten.

(2) Gegenstand der Stichprobe ist

1. die Berücksichtigung aller Kriterien gemäß Teil 2 und 3 innerhalb eines Studiengangs, der das Qualitätsmanagementsystem der Hochschule durchlaufen hat, und
2. die Berücksichtigung formaler und fachlich-inhaltlicher Kriterien gemäß Teil 2 und 3 nach Maßgabe der Vorgaben des Begutachtungsgremiums.

Bei der Auswahl der Stichprobe berücksichtigt das Begutachtungsgremium das Fächerspektrum der Hochschule in der Lehre.

(3) Bietet die Hochschule Studiengänge an, die auch auf einen reglementierten Beruf vorbereiten, ist hiervon zusätzlich einer unter Berücksichtigung der Kriterien nach Teil 2 und 3, die sich auf Studiengänge beziehen, in die Stichproben einzubeziehen. Gleiches gilt für den Fall von Lehramtsstudiengängen für jeweils einen Studiengang von jedem angebotenen Lehramtstyp sowie für Studiengänge mit Evangelischer oder Katholischer Theologie/Religion. An der Stichprobe wirkt jeweils ein von der für den jeweiligen reglementierten Beruf zuständigen Stelle benannter Vertreter oder eine von der für den jeweiligen reglementierten Beruf zuständigen Stelle benannte Vertreterin oder ein Vertreter oder eine Vertreterin der für das Schulwesen zuständigen Obersten Landesbehörde oder der jeweiligen kirchlichen Stelle mit.

Teil 5 Verfahrensregeln für besondere Studiengangsformen

§ 32 Kombinationsstudiengänge

(1) Können die Studierenden aus einer größeren Anzahl zulässiger Fächer für das Studium einzelne Fächer auswählen, ist jedes dieser Fächer ein Teilstudiengang als Teil eines Kombinationsstudiengangs.

(2) Akkreditierungsgegenstand ist der Kombinationsstudiengang. Die Hochschulen müssen durch ihr jeweiliges Qualitätsmanagement sicherstellen, dass die Studierbarkeit in allen möglichen Fächerkombinationen gegeben ist.

(3) Die Akkreditierung eines Kombinationsstudiengangs kann durch die Aufnahme weiterer wählbarer Teilstudiengänge oder Studienfächer ergänzt werden. Die Akkreditierungsfrist für den Kombinationsstudiengang ändert sich dadurch nicht.

(4) Auf der Akkreditierungsurkunde werden alle in die Akkreditierung einbezogenen Teilstudiengänge oder Studienfächer aufgeführt. Im Falle der Ergänzung der Akkreditierung nach Absatz 3 ist eine neue Akkreditierungsurkunde auszustellen.

(5) Die Regelungen von Teil 4 bleiben im Übrigen unberührt.

§ 33 Joint-Degree-Programme

(1) Für Joint-Degree-Programme, an denen eine inländische Hochschule und weitere Hochschulen aus dem Europäischen Hoch-

schulraum beteiligt sind, kann die Akkreditierungsentscheidung in Abweichung von § 22 Absatz 1 durch Anerkennung der Bewertung durch eine in dem European Quality Assurance Register for Higher Education (EQAR) gelistete Agentur getroffen werden. Der Akkreditierungsrat erkennt diese Bewertung auf Antrag der Hochschule an und verleiht sein Siegel, wenn die Einhaltung der formalen und fachlich-inhaltlichen Kriterien für Joint-Degree-Programme gemäß Teil 2 und 3 nachgewiesen ist und das Begutachtungsverfahren folgenden Anforderungen genügt hat:

1. die Durchführung des Verfahrens wurde dem Akkreditierungsrat vor Beginn des Verfahrens angezeigt,
2. die Akkreditierungsentscheidung beruht auf einem Selbstbericht der kooperierenden Hochschulen, der insbesondere Informationen zu den jeweiligen nationalen Rahmenbedingungen enthält und der die besonderen Merkmale des Joint-Degree-Programms hervorhebt,
3. es hat eine Begehung an mindestens einem Standort des Studiengangs unter Mitwirkung von Vertreterinnen und Vertretern aller kooperierenden Hochschulen sowie anderen Beteiligten stattgefunden,
4. die Bewertung beruht auf einem Gutachten, das die Maßgaben von Joint-Degree-Programmen in Teil 2 und 3 beachtet,
5. die Begutachtung ist durch ein mindestens vierköpfiges Begutachtungsgremium erfolgt, das sich mindestens wie folgt zusammengesetzt hat:
 - a) Mitglieder aus mindestens zwei der am Joint-Degree-Programm beteiligten Länder,
 - b) mindestens ein studentischer Vertreter oder eine studentische Vertreterin,
 - c) das Begutachtungsgremium repräsentiert Expertise in den entsprechenden Fächern und Fachdisziplinen einschließlich des Arbeitsmarktes oder der Arbeitswelt in den entsprechenden Bereichen und Expertise auf dem Gebiet der Qualitätssicherung im Hochschulbereich und verfügt über Kenntnisse der Hochschulsysteme der beteiligten Hochschulen sowie der verwendeten Unterrichtssprachen und
 - d) die Maßgaben gemäß § 25 Absatz 4 Satz 1, Absatz 6 und 7 wurden eingehalten,
6. die Bewertung benennt folgende Merkmale: Begründung, Bestandskraft und gegebenenfalls nachgewiesene Erfüllung von Auflagen und
7. die Agentur hat das Gutachten und die Bewertung auf ihrer Homepage in deutscher und englischer Sprache veröffentlicht.

§ 22 Absatz 2, 3 und 4 Satz 1, § 26 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 Satz 1, §§ 28 und 29 gelten entsprechend. Die Akkreditierungsfrist beträgt in Abweichung von § 26 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 Satz 2 sechs Jahre. Bei der Veröffentlichung wird die Entscheidung als Akkreditierungsentscheidung auf Basis des gesonderten Verfahrens für Joint-Degree-Programme kenntlich gemacht. Die Hochschule hat dies in den Studienabschlussdokumenten deutlich zu machen.

(2) Wird ein Joint-Degree-Programm von einer inländischen Hochschule gemeinsam mit außereuropäischen Kooperationspartnern gemäß § 10 Absatz 3 koordiniert und angeboten, findet auf Antrag der inländischen Hochschule Absatz 1 entsprechende Anwendung, wenn sich die außereuropäischen Kooperationspartner in der Kooperationsvereinbarung mit der inländischen Hochschule zu einer Akkreditierung unter Anwendung der in Absatz 1 sowie der in § 10 Absatz 1 und 2 und § 16 Absatz 1 geregelten Kriterien verpflichten.

Teil 6 Alternative Akkreditierungsverfahren nach Artikel 3 Absatz 1 Nummer 3 des Studienakkreditierungsstaatsvertrages

§ 34 Alternative Akkreditierungsverfahren

(1) Neben die beiden in Teil 4 geregelten Verfahren können gemäß Artikel 3 Absatz 1 Nummer 3 des Studienakkreditierungsstaats-

vertrages auch alternative Verfahren zur Sicherung und Entwicklung der Qualität in Studium und Lehre treten.

(2) In alternativen Verfahren sind die Kriterien nach Teil 2 und 3 einzuhalten. Die im Studienakkreditierungsstaatsvertrag und in dieser Verordnung geltenden Grundsätze für die angemessene Beteiligung der Wissenschaft gelten entsprechend; ebenso gelten die Mitwirkungs- und Zustimmungserfordernisse gemäß § 18 Absatz 2 entsprechend.

(3) Die Durchführung von alternativen Verfahren bedarf vorab der Zustimmung des Akkreditierungsrates und der für Hochschulen zuständigen Senatsverwaltung; der Akkreditierungsrat kann eine externe Begutachtung veranlassen. Der Antrag ist über die für Hochschulen zuständige Senatsverwaltung dem Akkreditierungsrat vorzulegen. Der Akkreditierungsrat kann im Rahmen der Abstimmung mit der für Hochschulen zuständigen Senatsverwaltung seine Zustimmung nur verweigern, wenn das alternative Verfahren den Maßgaben des Artikel 2 und den Bestimmungen des Artikel 3 Absatz 2 Satz 1 des Studienakkreditierungsstaatsvertrages sowie den im Studienakkreditierungsstaatsvertrag und in dieser Verordnung festgelegten Grundsätzen für die angemessene Beteiligung der Wissenschaft nicht entspricht. Das alternative Verfahren soll geeignet sein, grundsätzliche Erkenntnisse zu alternativen Ansätzen externer Qualitätssicherung jenseits der in Artikel 3 Absatz 1 Nummer 1 und 2 des Studienakkreditierungsstaatsvertrages genannten Verfahren zu gewinnen.

(4) Der Akkreditierungsrat entwickelt eine Verfahrensordnung, die insbesondere die Antragsvoraussetzungen regelt.

(5) Das alternative Verfahren wird auf maximal acht Jahre befristet. § 22 Absatz 4 Satz 2 und § 26 Absatz 3 Satz 3 gelten entsprechend. Es wird durch den Akkreditierungsrat begleitet und ist in der Regel zwei Jahre vor Ablauf der Projektzeit von einer unabhängigen, wissenschaftsnahen Einrichtung zu evaluieren.

Teil 7 Sonstiges

§ 35

Verbindung mit Verfahren, die die berufszulassungsrechtliche Eignung eines Studiengangs zum Gegenstand haben

(1) Akkreditierungsverfahren gemäß Artikel 3 Absatz 1 Nummer 1 und 2 des Studienakkreditierungsstaatsvertrages können auf Antrag der Hochschule mit Verfahren, die über die berufszulassungsrechtliche Eignung eines Studiengangs entscheiden, organisatorisch verbunden werden.

(2) Die Beteiligung von zusätzlich zu den anderen Vertreterinnen oder Vertretern der Berufspraxis zu berufenden externen Expertinnen oder Experten mit beratender Funktion in dem Begutachtungsgremium gemäß § 25 Absatz 1 und 2 erfolgt durch Benennung der für den reglementierten Beruf jeweils zuständigen staatlichen Stelle.

§ 36

Evaluation

(1) Nach Ablauf von drei Jahren nach Inkrafttreten dieser Verordnung sind ihre Anwendungen und Auswirkungen zu überprüfen.

(2) Über das Ergebnis ist der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland zu berichten.

§ 37

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2018 in Kraft.

Berlin, den 16. September 2019

Michael Müller
Regierender Bürgermeister

Verordnung

über die Einrichtung gemeinsamer Bereitschaftsdienstpläne für Fixierungen und Unterbringungen an den Amtsgerichten sowie Änderung der Zuweisungsverordnung

Vom 16. September 2019

Auf Grund des § 22c Absatz 1 Satz 1 und 3 des Gerichtsverfassungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Mai 1975 (BGBl. I S. 1077), das zuletzt durch Artikel 8 Absatz 1 des Gesetzes vom 8. Juli 2019 (BGBl. I S. 1002) geändert worden ist, in Verbindung mit § 1 der Verordnung zur Übertragung der Ermächtigung zur Bestimmung des Amtsgerichts nach § 22c Absatz 1 des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 9. Juni 1998 (GVBl. S. 135), sowie auf Grund des § 1 des Gesetzes zur Regelung der Zuweisung amtsgerichtlicher Zuständigkeiten vom 16. November 2007 (GVBl. S. 579) verordnet die Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung:

Artikel 1

Verordnung über die Zusammenfassung von Geschäften des Bereitschaftsdienstes für Fixierungen und Unterbringungen bei den Amtsgerichten des Landes Berlin

§ 1

Gemeinsamer Bereitschaftsdienstplan für Entscheidungen über Fixierungen und Unterbringungen

Für Entscheidungen über Anträge in Bezug auf Fixierungen und Unterbringungen wird nach Maßgabe von § 3 für folgende Amtsgerichte ein gemeinsamer Bereitschaftsdienstplan aufgestellt:

- a) Amtsgerichte Charlottenburg, Spandau und Wedding,
- b) Amtsgerichte Köpenick, Lichtenberg, Mitte und Pankow/Weißensee,
- c) Amtsgerichte Neukölln, Schöneberg und Tempelhof-Kreuzberg.

§ 2

Beteiligung des Landgerichts

Zu dem Bereitschaftsdienst für Entscheidungen über Anträge in Bezug auf Fixierungen und Unterbringungen sind neben den Richterinnen und Richtern der in § 1 genannten Amtsgerichte auch die Richterinnen und Richter des Landgerichts Berlin heranzuziehen.

§ 3

Zuständigkeiten

Die Zuständigkeitsregelung in dem gemeinsamen Bereitschaftsdienstplan erstreckt sich auf alle Entscheidungen der Amtsgerichte über Anträge in Bezug auf Fixierungen außerhalb der in den Geschäftsverteilungsplänen der einzelnen Amtsgerichte festgelegten Dienstzeiten, die keinen Aufschub dulden. Sie erstreckt sich im gleichen Umfang auch auf Unterbringungen auf Grundlage des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten vom 17. Juni 2016 (GVBl. S. 336) in der jeweils geltenden Fassung. Die Zuständigkeit des Amtsgerichts Tiergarten für Fixierungsentscheidungen in Strafsachen und Bußgeldsachen nach § 1 Absatz 1 der Zuweisungsverordnung bleibt unberührt.

Artikel 2

Änderung der Zuweisungsverordnung

In § 1 Absatz 1 der Zuweisungsverordnung vom 8. Mai 2008 (GVBl. S. 116), die zuletzt durch die Verordnung vom 18. Februar 2016 (GVBl. S. 52) geändert worden ist, wird der folgende Satz angefügt:

„Die Zuständigkeit erstreckt sich auch auf die Entscheidung über Anträge auf Fixierung, die vor dem Hintergrund einer Inhaftierung oder Unterbringung in einer Strafsache oder Inhaftierung in einer Bußgeldsache gestellt werden.“

Artikel 3

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt zwei Monate nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

Berlin, den 16. September 2019

Senatsverwaltung für Justiz,
Verbraucherschutz und Antidiskriminierung

Dr. Dirk Behrendt

Verordnung
über die Veränderungssperre 1-98/28
im Bezirk Mitte, Ortsteil Mitte

Vom 23. September 2019

Auf Grund des § 16 Absatz 1 des Baugesetzbuchs in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634) in Verbindung mit § 13 Absatz 1 Satz 4 des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. November 1999 (GVBl. S. 578), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 6. Dezember 2017 (GVBl. S. 664) geändert worden ist, verordnet die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen:

§ 1

Für das Grundstück Friedrichstraße, Schützenstraße, Zimmerstraße, Gemarkung Mitte, Flurnummer 620, Flurstück 84, Grundbuch von Mitte, Blatt 1100N, im Bezirk Mitte, Ortsteil Mitte, für das die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt neben anderen Grundstücken die Aufstellung eines Bebauungsplans beschlossen hat, tritt bis zum 14. Februar 2019 eine Veränderungssperre gemäß § 14 des Baugesetzbuchs ein.

§ 2

Je ein Übersichtsplan mit den Grenzen des räumlichen Geltungsbereichs der Veränderungssperre liegt zur kostenfreien Einsichtnahme beim Bezirksamt Mitte von Berlin, Abteilung Stadtentwicklung, Soziales und Gesundheit, Stadtentwicklungsamt, Fachbereiche Stadtplanung und Bau- und Wohnungsaufsicht, aus.

§ 3

Auf die Vorschriften über

1. die Geltendmachung und die Herbeiführung der Fälligkeit etwaiger Entschädigungsansprüche für eingetretene Vermögens-

nachteile durch die Veränderungssperre (§ 18 Absatz 2 Satz 2 und 3 des Baugesetzbuchs) und

2. das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen bei nicht fristgemäßer Geltendmachung (§ 18 Absatz 3 des Baugesetzbuchs) wird hingewiesen.

§ 4

Wer die Rechtswirksamkeit dieser Verordnung überprüfen lassen will, muss eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs innerhalb eines Jahres seit der Verkündung dieser Verordnung schriftlich gegenüber der für die verbindliche Bauleitplanung zuständigen Senatsverwaltung geltend machen; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist darzulegen. Nach § 32 Absatz 2 des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs wird die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften dieses Gesetzes nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist unbeachtlich. Die Beschränkung des Satzes 1 gilt nicht, wenn die für die Verkündung dieser Verordnung geltenden Vorschriften verletzt worden sind.

§ 5

Diese Verordnung tritt rückwirkend zum 29. September 2017 in Kraft.

Berlin, den 23. September 2019

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen
Katrin L o m p s c h e r

Verordnung
über die Veränderungssperre 3-57/16
im Bezirk Pankow, Ortsteil Rosenthal

Vom 24. September 2019

Auf Grund des § 16 Absatz 1 des Baugesetzbuchs in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634) in Verbindung mit § 13 Absatz 1 Satz 1 des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. November 1999 (GVBl. S. 578), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 6. Dezember 2017 (GVBl. S. 664) geändert worden ist, verordnet das Bezirksamt Pankow von Berlin:

§ 1

Für das Grundstück Friedrich-Engels-Straße 157, 157 A, 157 B (Gemarkung Pankow, Flur 129, Flurstück 7) im Bezirk Pankow, Ortsteil Rosenthal, für das das Bezirksamt neben anderen Grundstücken die Aufstellung eines Bebauungsplans beschlossen hat, tritt eine Veränderungssperre gemäß § 14 des Baugesetzbuchs ein.

§ 2

Je ein Übersichtsplan mit den Grenzen des räumlichen Geltungsbereichs der Veränderungssperre liegt zur kostenfreien Einsichtnahme beim Bezirksamt Pankow von Berlin, Abteilung Stadtentwicklung und Bürgerdienste, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung sowie Fachbereich Bau- und Wohnungsaufsicht, aus.

§ 3

Auf die Vorschriften über

1. die Geltendmachung und die Herbeiführung der Fälligkeit etwaiger Entschädigungsansprüche für eingetretene Vermögens-

nachteile durch die Veränderungssperre (§ 18 Absatz 2 Satz 2 und 3 des Baugesetzbuchs) und

2. das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen bei nicht fristgemäßer Geltendmachung (§ 18 Absatz 3 des Baugesetzbuchs)

wird hingewiesen.

§ 4

Die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs wird nach § 32 Absatz 2 des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs für die Rechtswirksamkeit dieser Verordnung unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit der Verkündung dieser Verordnung schriftlich gegenüber dem örtlich zuständigen Bezirksamt Pankow von Berlin geltend gemacht worden ist. Der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist darzulegen. Die Beschränkung des Satzes 1 gilt nicht, wenn die für die Verkündung dieser Verordnung geltenden Vorschriften verletzt worden sind.

§ 5

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

Berlin, den 24. September 2019

Bezirksamt Pankow von Berlin

S. B e n n

Bezirksbürgermeister

K u h n

Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung und Bürgerdienste

Verordnung

über ein Vorkaufsrecht des Landes Berlin an Grundstücken innerhalb der Gebiete Böttgerstraßenviertel im Bezirk Mitte, Ortsteil Gesundbrunnen, und Langhansstraße im Bezirk Pankow, Ortsteil Weißensee

Vom 24. September 2019

Auf Grund des § 25 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 und des § 246 Absatz 2 Satz 1 des Baugesetzbuchs in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634) in Verbindung mit § 16 des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. November 1999 (GVBl. S. 578), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 6. Dezember 2017 (GVBl. S. 664) geändert worden ist, verordnet der Senat:

§ 1

Anordnung des Vorkaufsrechts und räumlicher Geltungsbereich

(1) Dem Land Berlin steht bei dem Kauf an den in Absatz 2 genannten Grundstücken innerhalb der Gebiete vorbereitender Untersuchungen gemäß § 141 des Baugesetzbuchs Böttgerstraßenviertel im Bezirk Mitte, Ortsteil Gesundbrunnen, und Langhansstraße im Bezirk Pankow, Ortsteil Weißensee, zur Sicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung gemäß § 25 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 des Baugesetzbuchs ein Vorkaufsrecht zu.

(2) Der räumliche Geltungsbereich dieser Verordnung ergibt sich aus den beigegeführten Flurstückskarten in den Anlagen 1 und 2. Die Flurstückskarten sind Bestandteil dieser Verordnung.

§ 2

Unbeachtlichkeit der Verletzung von Vorschriften

(1) Wer die Rechtswirksamkeit dieser Verordnung überprüfen lassen will, muss

1. eine beachtliche Verletzung der Verfahrens- und Formvorschriften, die in § 214 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 3 des Baugesetzbuchs bezeichnet sind,

2. nach § 214 Absatz 3 Satz 2 des Baugesetzbuchs beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs,

3. eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften, die im Gesetz zur Ausführung des Baugesetzbuchs enthalten sind,

innerhalb eines Jahres seit der Verkündung dieser Verordnung gegenüber der für Finanzen zuständigen Senatsverwaltung schriftlich geltend machen. Der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, ist darzulegen. Nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist werden die in Nummer 1 bis 3 genannten Verletzungen oder Mängel gemäß § 215 Absatz 1 des Baugesetzbuchs und gemäß § 32 Absatz 2 des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs unbeachtlich.

(2) Die Beschränkung des Absatzes 1 gilt nicht, wenn die für die Verkündung dieser Verordnung geltenden Vorschriften verletzt worden sind.

§ 3

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

Berlin, den 24. September 2019

Der Senat von Berlin

Michael Müller
Regierender Bürgermeister

Katrin Lompscher
Senatorin für Stadtentwicklung
und Wohnen

– Anlage 1 zu § 1 Absatz 2 –

Räumliche Abgrenzung Bereich
Böttgerstraßenviertel im Bezirk Mitte
Vorkaufsrechtsverordnung nach
§ 25 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 BauGB

Ge Geltungsbereich der Rechts-
verordnung



Maßstab: 1 : 5.000 (DINA3)

Datenstand: 7 / 2019

Konzeption: IV C / D Jur / IV C 2

Kartographie: SenStadtWohn Planwerkstatt IV

Grundlage: ALKIS

© Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen



– Anlage 2 zu § 1 Absatz 2 –

Räumliche Abgrenzung Bereich
Langhansstraße im Bezirk Pankow
Vorkaufsrechtsverordnung nach
§ 25 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 BauGB

Geltungsbereich der Rechts-
verordnung



Maßstab: 1 : 6.000 (DINA3)

Datenstand: 7 / 2019

Konzeption: IV C / D Jur / IV C 2

Kartengrafik: SenStadtWohn Planwerkstatt IV

Grundlage: ALKIS

© Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen



Verordnung
über die Festsetzung des Bebauungsplans XXIII-38
im Bezirk Marzahn-Hellersdorf, Ortsteile Kaulsdorf und Biesdorf

Vom 25. September 2019

Auf Grund des § 10 Absatz 1 des Baugesetzbuchs in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634) in Verbindung mit § 6 Absatz 3 des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. November 1999 (GVBl. S. 578), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 6. Dezember 2017 (GVBl. S. 664) geändert worden ist, verordnet das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin:

§ 1

Der Bebauungsplan XXIII-38 vom 15. Mai 2015 mit Deckblatt vom 20. November 2017 für das Gelände zwischen Mosbacher Straße, Chemnitzer Straße, Lenbachstraße, Honsfelder Straße und Wuhle sowie für einen Abschnitt der Lenbachstraße zwischen Lenbachstraße 29B und Honsfelder Straße und die Grundstücke Lenbachstraße 82-85 im Bezirk Marzahn-Hellersdorf, Ortsteile Kaulsdorf und Biesdorf, wird festgesetzt.

§ 2

Die Urschrift des Bebauungsplans kann bei der für die Vermessung zuständigen Abteilung des Bezirksamtes, beglaubigte Abzeichnungen des Bebauungsplanes können bei der für die Stadtplanung zuständigen Abteilung des Bezirksamtes kostenfrei eingesehen werden.

§ 3

Auf die Vorschriften über

1. die Geltendmachung und die Herbeiführung der Fälligkeit etwaiger Entschädigungsansprüche (§ 44 Absatz 3 Satz 1 und 2 des Baugesetzbuchs) und
 2. das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen bei nicht fristgemäßer Geltendmachung (§ 44 Absatz 4 des Baugesetzbuchs)
- wird hingewiesen.

§ 4

(1) Wer die Rechtswirksamkeit dieser Verordnung überprüfen lassen will, muss

1. eine beachtliche Verletzung der Verfahrens- und Formvorschriften, die in § 214 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 3 und Absatz 2a Nummer 3 und 4 des Baugesetzbuchs bezeichnet sind,
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Absatz 2 des Baugesetzbuchs beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans,
3. nach § 214 Absatz 3 Satz 2 des Baugesetzbuchs beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs,
4. eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften, die im Gesetz zur Ausführung des Baugesetzbuchs enthalten sind,

innerhalb eines Jahres seit der Verkündung dieser Verordnung gegenüber dem Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin schriftlich geltend machen. Der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist darzulegen. Nach Ablauf der in Satz 1 genannten Fristen werden die in Nummer 1 bis 4 genannten Mängel gemäß § 215 Absatz 1 des Baugesetzbuchs und gemäß § 32 Absatz 2 des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs unbeachtlich.

(2) Die Beschränkung des Absatzes 1 gilt nicht, wenn die für die Verkündung dieser Verordnung geltenden Vorschriften verletzt worden sind.

§ 5

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

Berlin, den 25. September 2019

Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin

Dagmar P o h l e

Bezirksbürgermeisterin und Leiterin
der Abteilung Stadtentwicklung,
Gesundheit, Personal und Finanzen

Verordnung
über die Festsetzung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans I-43b VE
im Bezirk Mitte, Ortsteil Mitte

Vom 1. Oktober 2019

Auf Grund des § 12 Absatz 1 in Verbindung mit § 10 Absatz 1 des Baugesetzbuchs in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634) in Verbindung mit § 6 Absatz 3 des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 7. November 1999 (GVBl. S. 578), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Fünften Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs vom 6. Dezember 2017 (GVBl. S. 664), wird verordnet:

§ 1

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan I-43b VE vom 18. Mai 2015, geändert am 19. Mai 2016 für das Gelände zwischen Schicklerstraße, Alexanderstraße, Stralauer Straße und Dircksenstraße sowie für die Dircksenstraße zwischen Schicklerstraße und Stralauer Straße im Bezirk Mitte, Ortsteil Mitte, wird festgesetzt.

§ 2

Die Urschrift des vorhabenbezogenen Bebauungsplans kann beim Bezirksamt Mitte von Berlin, Abteilung Stadtentwicklung, Soziales und Gesundheit, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Kataster und Vermessung, beglaubigte Abzeichnungen des vorhabenbezogenen Bebauungsplans können beim Bezirksamt Mitte von Berlin, Abteilung Stadtentwicklung, Soziales und Gesundheit, Fachbereich Stadtplanung und Fachbereich Bau- und Wohnungsaufsicht kostenfrei eingesehen werden.

§ 3

Auf die Vorschriften über

1. die Geltendmachung und die Herbeiführung der Fälligkeit etwaiger Entschädigungsansprüche (§ 44 Absatz 3 Satz 1 und 2 des Baugesetzbuchs) und
2. das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen bei nicht fristgemäßer Geltendmachung (§ 44 Absatz 4 des Baugesetzbuchs)

wird hingewiesen.

§ 4

(1) Wer die Rechtswirksamkeit dieser Verordnung überprüfen lassen will, muss

1. eine beachtliche Verletzung der Verfahrens- und Formvorschriften, die in § 214 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 3 und Absatz 2a Nummer 3 und 4 des Baugesetzbuchs bezeichnet sind,
2. eine nach § 214 Absatz 2 des Baugesetzbuchs beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans,
3. nach § 214 Absatz 3 Satz 2 des Baugesetzbuchs beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs,
4. eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften, die im Gesetz zur Ausführung des Baugesetzbuchs enthalten sind,

innerhalb eines Jahres seit der Verkündung dieser Verordnung gegenüber dem Bezirksamt Mitte von Berlin schriftlich geltend machen. Der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist darzulegen. Nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist werden die in Nummer 1 bis 4 genannten Mängel gemäß § 215 Absatz 1 des Baugesetzbuchs und gemäß § 32 Absatz 2 des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs unbeachtlich.

(2) Die Beschränkung des Absatzes 1 gilt nicht, wenn die für die Verkündung dieser Verordnung geltenden Vorschriften verletzt worden sind.

§ 5

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

Berlin, den 1. Oktober 2019

Bezirksamt Mitte von Berlin

v o n D a s s e l
Bezirksbürgermeister

G o t h e
Bezirksstadtrat für
Stadtentwicklung,
Soziales und Gesundheit

Bekanntmachung

**gemäß Artikel 1 § 5 des Gesetzes zur Anpassung der Besoldung
und Versorgung für das Land Berlin 2019/2020 und zur
Änderung weiterer besoldungsrechtlicher Vorschriften
(BerlBVAnpG 2019/2020) vom 5. September 2019 (GVBl. S. 551)**

Auf Grund des Artikels 1 § 5 des Gesetzes zur Anpassung der Besoldung und Versorgung für das Land Berlin 2019/2020 und zur Änderung weiterer besoldungsrechtlicher Vorschriften (BerlBVAnpG 2019/2020) vom 5. September 2019 (GVBl. S. 551) werden nachstehend als Anlage 1 bis 28 die Beträge der ab dem 1. April 2019 sowie die Beträge der ab dem 1. Februar 2020 erhöhten Bezüge bekannt gemacht.

Berlin, den 30. September 2019

Senatsverwaltung für Finanzen
Dr. Matthias K o l l a t z

Anlage 1

Anhang zu Artikel 1 § 2 Absatz 1 BerlBVAnpG 2019/2020

Gültig ab 1.04.2019

1. Besoldungsordnungen A

Grundgehaltssätze								
(Monatsbeträge in Euro)								
Erfahrungs- zeiten	2 Jahre	3 Jahre (in den Besoldungsgruppen A4-A7 2 Jahre)			4 Jahre (in den Besoldungsgruppen A4-A8 3 Jahre)			
Besoldungs- gruppe	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6	Stufe 7	Stufe 8
A4	2.090,63	2.153,33	2.206,79	2.260,14	2.288,62	2.319,33	2.372,69	2.443,91
A5	2.105,92	2.181,91	2.236,35	2.293,34	2.348,98	2.408,43	2.461,63	2.512,74
A6	2.152,28	2.216,23	2.337,11	2.398,82	2.454,48	2.518,66	2.575,56	2.636,08
A7	2.240,03	2.301,53	2.378,61	2.518,66	2.604,02	2.676,20	2.733,14	2.835,08
A8	2.369,22	2.530,43	2.632,42	2.734,36	2.884,90	2.966,73	3.029,03	3.088,87
A9	2.513,72	2.600,32	2.734,36	2.887,35	2.999,70	3.138,93	3.220,42	3.299,36
A10	2.696,50	2.811,45	2.999,70	3.190,36	3.329,44	3.468,54	3.596,36	3.701,61
A11	3.090,09	3.269,27	3.450,99	3.633,93	3.754,24	3.884,56	4.039,94	4.135,17
A12	3.320,66	3.661,50	3.754,24	4.002,35	4.116,37	4.338,16	4.423,37	4.577,52
A13	3.922,13	4.123,90	4.325,64	4.528,63	4.719,11	4.809,34	4.999,80	5.100,03
A14	4.128,90	4.388,28	4.675,25	4.930,87	5.105,06	5.272,96	5.453,41	5.638,86
A15	5.064,95	5.326,84	5.479,72	5.660,16	5.840,61	6.019,79	6.166,40	6.380,69
A16	5.593,76	5.866,93	6.074,94	6.282,96	6.489,72	6.697,72	6.905,72	7.110,00

Gültig ab 1.04.2019

2. Besoldungsordnungen B

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	
B 1	6.375,49
B 2	7.416,72
B 3	7.857,53
B 4	8.319,24
B 5	8.848,91
B 6	9.349,12
B 7	9.835,68
B 8	10.342,83
B 9	10.972,49
B 10	12.927,87
B 11	13.431,84

Gültig ab 1.04.2019

3. Besoldungsordnung W**Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)**

Besoldungsgruppe	W 1	W 2	W 3
	4.417,80	5.840,61	6.697,72

Gültig ab 1.04.2019

4. Landesbesoldungsordnung R

Grundgehaltssätze (Monatsbeträge in Euro)								
Erfahrungszeiten BesGr.	3 Jahre	2 Jahre			3 Jahre			
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6	Stufe 7	Stufe 8
R 1	4.295,54	4.554,96	5.044,90	5.543,62	5.819,30	6.064,93	6.292,99	6.563,64
R 2	5.142,65	5.392,01	5.642,62	6.153,88	6.417,04	6.672,64	6.904,48	7.161,36
R 3	7.858,08							
R 4	8.320,47							
R 5	8.849,25							
R 6	9.349,23							
R 7	9.836,69							
R 8	10.342,92							
R 9	10.973,23							
R 10	13.485,65							

Anlage 2

Anhang zu Artikel 1 § 2 Absatz 1 BerlBVAnpG 2019/20

Gültig ab 1.04.2019

Familienzuschlag
(Monatsbeträge in Euro)

	Stufe 1 (§ 40 Abs. 1 BBesG in der Überleitungs- fassung für Berlin)
Besoldungsgruppen A 2 bis A 8	130,05
übrige Besoldungsgruppen	136,58

Für das erste und zweite zu berücksichtigende Kind erhöht sich der Familienzuschlag der Stufe 1 um je 116,82 Euro (Stufe 2 und 3), für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 364,02 Euro (Stufe 4 und höher).

Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 5

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 5 um je 5,80 Euro, ab Stufe 3 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind

in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 3 um je	29,02 Euro,
in der Besoldungsgruppe A 4 um je und	23,22 Euro und
in der Besoldungsgruppe A 5 um je	17,42 Euro.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Anrechnungsbetrag nach § 39 Abs. 2 Satz 1 des Bundesbesoldungsgesetzes in der Überleitungsfassung für Berlin

in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 8:	120,88
in den Besoldungsgruppen A 9 bis A 12:	128,34

Anlage 3

Anhang zu Artikel 1 § 2 Absatz 2 BerlBVAnpG 2019/20

Gültig ab 1.04.2019

**Anwärtergrundbetrag
(Monatsbeträge in Euro)**

Eingangsamt, in das der Anwärter nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag
A 2 bis A 4	1.044,25 €
A 5 bis A 8*	1.173,28 €
A 9 bis A 11	1.230,98 €
A 12	1.380,37 €
A 13	1.414,35 €
A 13 + Zulage	
(Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe c der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B) oder R 1	1.451,67 €

*) Anwärter im mittleren Dienst der Berliner Feuerwehr, die nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes in das Eingangsamt BesGr. A 7 (Brandmeister) eintreten, erhalten vom Beginn des Kalendermonats an, in dem sie ein Praktikum im Einsatzdienst auf der Feuerwache mit einer durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit von über 40 Stunden beginnen, bis zum Schluss des Kalendermonats, in dem dieses endet, einen um 20 Prozent erhöhten Anwärtergrundbetrag.

Anlage 4

Anhang zu Artikel 1 § 2 Absatz 1 BerlBVAnpG 2019/20

Gültig ab 1.04.2019

Amtszulagen, Stellsenzulagen, Zulagen, Vergütungen
 (Monatsbeträge)

- in der Reihenfolge der Gesetzesstellen -

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil
Bundesbesoldungsgesetz in der Überleitungsfassung für Berlin (BBesG BE)		Nummer 7	
§ 44 bis zu	106,66	Die Zulage beträgt für Beamte und Solaten der Besoldungsgruppen	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe *)
§ 48 Abs. 2 bis zu	102,26	A 2 bis A 5	A 5
§ 78 bis zu	79,99	A 6 bis A 9	A 9
Bundesbesoldungsordnungen A und B		A 10 bis A 13	A 13
Vorbemerkungen		A 14, A 15, B 1	A 15
Nummer 2 Abs. 2	133,32	A 16, B 2 bis B 4	B 3
Nummer 4	53,33	B 5 bis B 7	B 6
Nummer 4a	79,99	B 8 bis B 10	B 9
Nummer 5		B 11	B 11
Die Zulage beträgt für		Nummer 8	
Mannschaften, Unteroffiziere/Beamte der Besoldungsgruppen A 5 und A 6	37,33	Die Zulage beträgt für Beamte der Besoldungsgruppen	
Unteroffiziere/Beamte der Besoldungsgruppen A 7 bis A 9	53,33	A 2 bis A 5	125,99
Offiziere/Beamte des gehobenen und höheren Dienstes	79,99	A 6 bis A 9	167,99
Nummer 5a		A 10 und höher	209,98
Abs. 1		Nummer 8a	
Buchstabe a	95,99	Die Zulage beträgt für Beamte der Besoldungsgruppen	
Buchstabe b	159,99	A 2 bis A 5	73,07
Buchstabe c	229,31	A 6 bis A 9	99,64
Abs. 2		A 10 bis A 13	122,89
Nr. 1 Buchstabe a	143,99	A 14 und höher	146,13
Buchstabe b	106,66	für Anwärter der Laufbahngruppe	
Nr. 2 Buchstabe a	106,66	des mittleren Dienstes	53,15
Buchstabe b	42,66	des gehobenen Dienstes	69,75
Nr. 3	69,33	des höheren Dienstes	86,36
Nr. 4 und 5	64,00	Nummer 8b	
Nr. 6 Buchstabe a	106,66	Die Zulage beträgt für Beamte der Besoldungsgruppen	
Buchstabe b	106,66	A 2 bis A 5	95,99
Nr. 7 Buchstabe a	106,66	A 6 bis A 9	127,99
Buchstabe b	42,66	A 10 bis A 13	159,99
Nr. 8 Buchstabe a	133,32	A 14 und höher	191,99
Buchstabe b	69,33	Nummer 9	
Nr. 9	64,00	Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit	
Nummer 6 Abs. 1		von einem Jahr	69,75
Buchstabe a	479,95	von zwei Jahren	139,50
Buchstabe b	383,96	*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091).	
Buchstabe c	307,16		
Nummer 6 a	106,66		

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil
Nummer 9a	
Abs. 1	
Buchstabe a	106,66
Buchstabe b	213,31
Buchstabe c	159,99
Abs. 2	
Buchstabe a	42,66
Buchstabe b	53,33
Nummer 10	
Abs. 1	
Die Zulage beträgt	
nach einer Dienstzeit	
von einem Jahr	69,75
von zwei Jahren	139,50
Abs. 3	208,60
Nummer 12	
Die Zulage beträgt	99,64
nach einer Dienstzeit	
von zwei Jahren	132,86
Nummer 12a	
	99,64
Nummer 13a	bis zu 79,99
Nummer 13c	
Die Zulage beträgt	
für Beamte der Besoldungsgruppen	
A 2 bis A 7	46,02
A 8 bis A 11	61,36
A 12 bis A 15	71,58
A 16 und höher	92,03
Nummer 13d	
Die Zulage beträgt	
für Beamte der Besoldungsgruppen	
A 2 und A 3	12,78
A 4 bis A 6	17,90
A 7 bis A 10	35,79
A 11	40,90
A 12 bis A 15	48,57
A 16 bis B 4	58,80
B 5 bis B 7	71,58
Nummer 19 Satz 1	
	274,44
Nummer 21	
	230,23
Nummer 25	
	40,00
Nummer 26 Abs. 1	
Die Zulage beträgt für Beamte	
des mittleren Dienstes	17,78
des gehobenen Dienstes	40,00

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil
Nummer 27	
Abs. 1	
Buchstabe a	
Doppelbuchstabe aa	21,26
Doppelbuchstabe bb	83,13
Buchstabe b	
Doppelbuchstabe aa	21,26
Doppelbuchstabe bb	83,13
Buchstabe c	92,40
Buchstabe d	92,40
Abs. 2	
Buchstabe a	
Doppelbuchstabe bb	61,92
Buchstabe b	
Doppelbuchstabe bb	61,92
Buchstabe c und d	92,40
Nummer 30	24,00
Besoldungs- gruppen	Fußnote
A 2	1
	2
	3
A 3	1, 5
	2
	7
A 4	1, 4
	2
	5
A 5	3
	4, 6
A 6	6
A 7	2
	5 50 v. H. des jeweiligen Unter- schiedsbetrages zum Grundgehalt der Besoldungs- gruppe A 8
A 8	2
A 9	2, 3, 6
	7 8 v. H. des Endgrund- gehalts der Besoldungs- gruppe A 9
A 12	7, 8
A 13	6
	7
	11, 12, 13
A 14	5
A 15	7
B 10	1

Anlage 4

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil
Landesbesoldungsordnung R Vorbemerkungen Nummer 2 Die Zulage beträgt 12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungs- gruppe *) a) bei Verwendung bei obersten Gerichtshöfen des Bundes für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n) R 1 R 1 R 2 bis R 4 R 3 R 5 bis R 7 R 6 R 8 bis R 10 R 9 b) bei Verwendung bei obersten Bundesbehörden oder bei obersten Gerichtshöfen des Bundes, wenn ihnen kein Richter- amt übertragen ist, für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n) R 1 A 15 R 2 bis R 4 B 3 R 5 bis R 7 B 6 R 8 bis R 10 B 9	
Nummer 4	40,00
Besoldungs- gruppen	Fußnote
R 1	1, 2
R 2	3 bis 8, 10
R 3	3
R 8	2
	227,61
	227,61
	227,61
	455,14

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091).

Anlage 5

Anhang zu Artikel 1 § 2 Absatz 1 BerlBVAnpG 2019/20

Gültig ab 1.04.2019

Amtszulagen, Stellsenzulagen (Monatsbeträge)

Art der Zulage	Landesbesol- dungsordnung (LBesO)	Dem Grund nach geregelt in		
		Besoldungs- gruppe	Fußnote	Betrag in Euro
1. Amts- zulagen	LBesO A	A 10	2	312,71
		A 11	5	312,71
		A 12	2	205,88
			6	205,88
		A 13	1	137,26
			2	205,88
			3	343,08
		A 14	1	205,88
			2	240,14
			3	343,08
		A 15	1	343,08
			2	380,61
			3	205,88
	LBesO A (künftig weg- fallende Ämter)	A 15 (kw)	1	205,88
2. Stellen- zulagen	LBesO A (künftig weg- fallende Ämter)	A 10 (kw)	1	40,25
	LBesO B	B 7	1	89,44

Anlage 6
(ehemals Anlage Via des BBesG)

Anhang zu Artikel 1 § 2 Absatz 3 BerlBVAnpG 2019/20

Gültig ab 1.04.2019

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 2)
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	1.074,10	1.267,64	1.463,74	1.658,57	1.854,70	2.050,80	2.244,33	2.441,75	2.633,99	2.830,73	3.026,19	3.220,39
A 9	1.263,10	1.472,83	1.681,26	1.891,03	2.102,11	2.311,20	2.520,98	2.731,36	2.940,47	3.150,24	3.359,35	3.569,10
A 10	1.425,43	1.645,55	1.862,48	2.080,69	2.298,21	2.517,08	2.734,60	2.952,17	3.169,06	3.386,59	3.605,45	3.823,00
A 11	1.552,07	1.780,65	2.007,29	2.234,58	2.461,87	2.688,50	2.916,45	3.143,72	3.371,66	3.598,29	3.825,60	4.052,24
A 12	1.728,05	1.968,96	2.209,25	2.450,83	2.691,11	2.933,33	3.173,61	3.415,19	3.655,46	3.897,04	4.138,60	4.379,55
A 13 und C 1	1.900,16	2.151,46	2.400,82	2.651,50	2.901,51	3.152,20	3.402,87	3.652,88	3.904,19	4.153,52	4.404,88	4.654,89
A 14	2.075,47	2.334,60	2.593,72	2.853,45	3.112,55	3.372,32	3.631,43	3.889,89	4.148,98	4.408,78	4.667,21	4.925,69
A 15, C 2 und R 1	2.319,00	2.598,90	2.878,81	3.158,66	3.438,57	3.719,10	3.998,33	4.279,54	4.559,44	4.839,97	5.119,86	5.399,75
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	2.450,14	2.744,37	3.038,53	3.332,08	3.627,53	3.920,41	4.214,58	4.508,78	4.802,94	5.097,79	5.391,32	5.684,85
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	2.450,14	2.754,75	3.062,55	3.370,36	3.678,20	3.987,30	4.295,11	4.603,58	4.911,42	5.219,87	5.527,70	5.835,51
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2.698,26	3.039,83	3.381,41	3.722,37	4.063,92	4.405,52	4.746,47	5.087,38	5.429,63	5.769,90	6.110,84	6.453,75
B 8 und hö- her, R 8 und höher	2.890,49	3.276,22	3.660,67	4.046,40	4.431,51	4.817,23	5.203,62	5.588,72	5.974,49	6.359,54	6.745,29	7.130,41

Anlage 7

(ehemals Anlage VIb des BBesG)

Anhang zu Artikel 1 § 2 Absatz 3 BerlBVAnpG 2019/20

Gültig ab 1.04.2019

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 3)
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	913,71	1.077,99	1.243,60	1.409,86	1.577,40	1.743,00	1.907,92	2.074,84	2.239,11	2.406,66	2.572,25	2.737,21
A 9	1.072,81	1.252,04	1.428,68	1.607,28	1.787,78	1.965,08	2.143,67	2.322,25	2.499,53	2.678,11	2.855,39	3.032,71
A 10	1.211,80	1.399,47	1.583,89	1.768,97	1.954,68	2.139,13	2.324,86	2.509,92	2.693,07	2.878,81	3.065,17	3.249,59
A 11	1.319,57	1.513,10	1.705,96	1.899,51	2.093,00	2.286,53	2.479,38	2.672,91	2.865,14	3.058,02	3.252,19	3.443,77
A 12	1.467,64	1.673,51	1.878,04	2.082,61	2.288,50	2.493,02	2.696,96	2.902,16	3.108,00	3.312,59	3.517,79	3.722,37
A 13 und C 1	1.615,71	1.828,72	2.040,41	2.254,05	2.466,42	2.679,43	2.892,42	3.104,78	3.319,07	3.530,79	3.743,78	3.956,79
A 14	1.764,42	1.984,56	2.204,07	2.426,17	2.645,65	2.865,81	3.085,29	3.306,09	3.526,88	3.747,04	3.967,16	4.186,67
A 15, C 2 und R 1	1.970,93	2.208,60	2.446,31	2.685,27	2.924,25	3.160,63	3.398,29	3.637,93	3.876,26	4.113,94	4.351,62	4.590,59
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	2.081,98	2.331,99	2.582,02	2.832,69	3.082,05	3.332,08	3.582,73	3.832,10	4.082,78	4.334,09	4.582,81	4.832,80
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	2.081,98	2.341,73	2.603,45	2.865,14	3.126,22	3.388,57	3.650,90	3.912,61	4.174,33	4.436,05	4.697,75	4.959,47
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2.294,33	2.583,30	2.873,58	3.163,87	3.454,16	3.744,42	4.034,71	4.324,99	4.614,61	4.905,56	5.194,53	5.485,46
B 8 und hö- her, R 8 und höher	2.456,68	2.784,65	3.112,55	3.439,86	3.768,47	4.094,46	4.422,41	4.749,70	5.077,65	5.404,94	5.732,89	6.060,85

Anlage 8
(ehemals Anlage V/c des BBesG)

Anhang zu Artikel 1 § 2 Absatz 3 BerlBVAnpG 2019/20

Gültig ab 1.04.2019

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	752,66	887,09	1.025,39	1.161,15	1.298,79	1.435,19	1.571,54	1.709,21	1.844,29	1.981,96	2.118,34	2.254,72
A 9	883,84	1.029,93	1.176,73	1.322,82	1.472,17	1.618,31	1.765,06	1.911,85	2.058,59	2.204,07	2.351,47	2.498,26
A 10	998,76	1.152,03	1.303,99	1.457,25	1.609,22	1.762,47	1.914,42	2.066,37	2.219,67	2.370,97	2.522,91	2.676,81
A 11	1.087,09	1.245,56	1.405,32	1.564,40	1.724,16	1.881,94	2.041,08	2.200,15	2.359,92	2.517,72	2.678,11	2.836,59
A 12	1.209,19	1.378,01	1.546,21	1.716,35	1.883,88	2.052,74	2.222,21	2.389,76	2.558,65	2.728,13	2.896,97	3.066,46
A 13 und C 1	1.329,97	1.505,31	1.679,98	1.855,31	2.031,32	2.206,00	2.381,35	2.556,67	2.732,67	2.907,36	3.083,35	3.258,05
A 14	1.453,34	1.634,53	1.815,05	1.996,25	2.179,39	2.360,57	2.541,74	2.722,92	2.904,11	3.085,29	3.266,48	3.448,33
A 15, C 2 und R 1	1.622,84	1.818,34	2.015,09	2.211,84	2.407,35	2.604,09	2.799,57	2.995,68	3.191,80	3.387,90	3.584,04	3.779,49
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1.715,07	1.920,91	2.126,14	2.331,99	2.539,14	2.745,02	2.949,56	3.156,09	3.361,94	3.569,10	3.774,31	3.979,53
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1.715,07	1.927,41	2.143,67	2.359,25	2.574,84	2.791,77	3.006,07	3.221,03	3.437,28	3.653,51	3.868,47	4.084,74
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1.889,11	2.127,45	2.367,07	2.606,04	2.844,36	3.083,35	3.322,96	3.561,30	3.800,91	4.038,61	4.278,24	4.517,86
B 8 und hö- her, R 8 und höher	2.022,87	2.293,02	2.562,55	2.832,69	3.102,81	3.372,97	3.642,48	3.912,61	4.181,48	4.451,64	4.721,75	4.991,26

Anlage 9

(ehemals Anlage VId des BBesG)

Anhang zu Artikel 1 § 2 Absatz 3 BerIBVAnpG 2019/20

Gültig ab 1.04.2019

**Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)
Unterkunft und Verpflegung
(Monatsbeträge in Euro)**

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	526,68	621,47	716,96	813,05	909,15	1.004,63	1.099,44	1.196,83	1.290,37	1.387,77	1.482,57	1.578,69
A 9	618,24	720,81	823,43	926,04	1.029,93	1.132,54	1.235,81	1.338,41	1.440,37	1.542,98	1.646,89	1.747,54
A 10	699,42	806,53	913,09	1.019,55	1.126,71	1.233,86	1.341,04	1.447,49	1.553,36	1.659,21	1.766,35	1.872,85
A 11	759,80	872,81	983,19	1.094,87	1.205,94	1.317,62	1.428,68	1.540,36	1.652,07	1.763,12	1.874,19	1.985,20
A 12	846,17	964,37	1.083,85	1.200,75	1.318,92	1.436,45	1.555,29	1.673,51	1.791,69	1.909,24	2.027,40	2.145,62
A 13 und C 1	930,58	1.053,33	1.176,07	1.299,45	1.421,53	1.544,28	1.667,68	1.790,40	1.913,13	2.035,85	2.158,61	2.281,34
A 14	1.017,61	1.144,24	1.270,86	1.398,81	1.525,44	1.652,74	1.779,34	1.905,99	2.032,62	2.159,91	2.287,18	2.413,80
A 15, C 2 und R 1	1.136,45	1.273,47	1.410,49	1.547,52	1.684,55	1.820,90	1.959,87	2.097,58	2.233,92	2.371,61	2.508,63	2.646,30
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1.200,75	1.344,90	1.488,42	1.631,94	1.777,42	1.920,91	2.065,08	2.209,25	2.354,07	2.498,26	2.641,74	2.785,29
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1.200,75	1.349,43	1.500,76	1.652,07	1.802,09	1.952,73	2.105,36	2.255,35	2.406,66	2.556,67	2.709,32	2.859,96
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1.322,18	1.489,06	1.656,64	1.824,16	1.991,05	2.158,61	2.326,16	2.493,02	2.660,58	2.827,47	2.995,02	3.161,25
B 8 und hö- her, R 8 und höher	1.416,33	1.604,65	1.794,29	1.982,61	2.171,58	2.360,57	2.549,55	2.737,87	2.928,17	3.115,83	3.304,77	3.494,42

Anlage 10
(ehemals Anlage VIe des BBesG)

Anhang zu Artikel 1 § 2 Absatz 3 BerlBVAnpG 2019/20

Gültig ab 1.04.2019

**Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)
Unterkunft und Verpflegung
(Monatsbeträge in Euro)**

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	639,65	753,95	871,48	986,43	1.103,31	1.219,59	1.336,49	1.453,34	1.567,65	1.684,55	1.800,14	1.917,02
A 9	751,36	876,03	1.000,73	1.125,44	1.251,40	1.374,78	1.500,76	1.624,80	1.749,50	1.874,19	1.998,21	2.122,89
A 10	848,10	978,65	1.107,88	1.238,40	1.367,63	1.498,15	1.626,77	1.756,60	1.885,20	2.015,09	2.145,62	2.274,84
A 11	923,45	1.059,15	1.194,90	1.329,97	1.464,41	1.599,47	1.735,84	1.870,28	2.006,00	2.141,07	2.276,15	2.411,24
A 12	1.027,99	1.171,53	1.315,03	1.457,90	1.600,75	1.744,28	1.888,46	2.031,32	2.176,13	2.319,00	2.461,87	2.606,04
A 13 und C 1	1.130,63	1.279,99	1.428,03	1.578,05	1.726,73	1.874,82	2.024,18	2.173,53	2.322,89	2.471,63	2.620,96	2.769,70
A 14	1.235,17	1.390,36	1.542,98	1.697,53	1.851,43	2.006,62	2.159,91	2.313,79	2.468,38	2.622,93	2.776,18	2.932,01
A 15, C 2 und R 1	1.379,32	1.545,54	1.712,45	1.879,37	2.046,91	2.213,16	2.379,41	2.546,29	2.713,20	2.879,44	3.046,33	3.212,57
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1.457,90	1.631,94	1.807,95	1.982,61	2.157,95	2.332,64	2.507,96	2.682,69	2.858,01	3.032,71	3.208,02	3.382,73
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1.457,90	1.639,08	1.820,90	2.006,00	2.188,47	2.372,89	2.555,37	2.738,52	2.922,92	3.105,44	3.288,55	3.471,68
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1.605,30	1.808,57	2.011,85	2.215,12	2.417,07	2.621,60	2.824,22	3.027,48	3.229,45	3.433,37	3.636,61	3.839,89
B 8 und hö- her, R 8 und höher	1.720,89	1.948,84	2.179,39	2.407,97	2.637,20	2.866,45	3.096,32	3.325,56	3.553,51	3.783,41	4.012,62	4.243,17

Anlage 11

(ehemals Anlage Vlf des BBesG)

Anhang zu Artikel 1 § 2 Absatz 3 BerlBVAnpG 2019/20

Gültig ab 1.04.2019

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5)
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	1.190,36	1.392,32	1.592,32	1.794,93	1.993,00	2.194,98	2.396,93	2.598,90	2.799,57	2.999,57	3.200,23	3.402,87
A 9	1.394,26	1.609,22	1.826,76	2.040,41	2.256,03	2.470,95	2.685,91	2.902,81	3.117,75	3.332,72	3.549,63	3.765,20
A 10	1.576,73	1.800,78	2.024,18	2.246,90	2.470,30	2.694,36	2.917,73	3.141,78	3.366,47	3.588,58	3.812,63	4.036,67
A 11	1.716,35	1.950,15	2.185,23	2.419,00	2.654,10	2.889,19	3.122,96	3.357,37	3.592,47	3.826,93	4.061,98	4.295,78
A 12	1.907,92	2.156,00	2.403,41	2.650,85	2.898,26	3.145,68	3.393,11	3.641,17	3.888,61	4.136,03	4.383,46	4.630,85
A 13 und C 1	2.098,86	2.357,30	2.615,13	2.873,58	3.132,67	3.389,86	3.648,34	3.907,41	4.166,54	4.423,72	4.682,15	4.941,92
A 14	2.291,72	2.558,02	2.825,55	3.092,43	3.359,98	3.628,19	3.894,43	4.161,35	4.427,59	4.695,14	4.961,41	5.230,26
A 15, C 2 und R 1	2.561,23	2.852,17	3.142,43	3.432,72	3.722,37	4.012,62	4.303,57	4.593,84	4.884,13	5.173,77	5.462,73	5.754,97
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	2.716,44	3.020,34	3.325,56	3.630,76	3.933,42	4.237,97	4.541,23	4.846,45	5.150,39	5.454,30	5.759,54	6.063,44
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	2.717,09	3.037,24	3.356,74	3.676,24	3.995,76	4.315,25	4.635,38	4.954,90	5.274,43	5.593,93	5.914,08	6.232,93
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	3.029,45	3.380,77	3.731,44	4.083,43	4.434,73	4.786,04	5.137,39	5.489,36	5.840,02	6.192,00	6.543,36	6.895,33
B 8 und hö- her, R 8 und höher	3.267,13	3.663,92	4.061,34	4.458,74	4.855,56	5.251,69	5.649,76	6.045,91	6.442,71	6.840,75		

Anlage 12
(ehemals Anlage Vlg des BBesG)

Anhang zu Artikel 1 § 2 Absatz 3 BerlBVAnpG 2019/20

Gültig ab 1.04. 2019

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5)
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	1.022,15	1.190,99	1.362,43	1.531,94	1.702,76	1.874,19	2.043,65	2.215,12	2.385,88	2.554,72	2.726,82	2.895,03
A 9	1.193,56	1.374,78	1.561,83	1.743,66	1.926,13	2.109,25	2.291,72	2.473,56	2.656,72	2.840,46	3.022,96	3.206,07
A 10	1.350,10	1.542,31	1.732,60	1.924,82	2.115,74	2.305,36	2.496,93	2.686,56	2.879,44	3.069,73	3.259,98	3.452,20
A 11	1.472,83	1.672,22	1.871,56	2.071,59	2.270,95	2.470,95	2.670,33	2.870,99	3.070,38	3.269,73	3.469,73	3.669,74
A 12	1.638,45	1.847,53	2.057,92	2.267,69	2.478,10	2.687,25	2.897,63	3.108,00	3.318,44	3.527,53	3.737,30	3.947,03
A 13 und C 1	1.802,72	2.022,23	2.241,07	2.460,57	2.680,73	2.899,57	3.118,43	3.337,25	3.558,05	3.776,90	3.995,76	4.215,25
A 14	1.967,02	2.192,36	2.419,00	2.646,30	2.872,96	3.099,60	3.326,22	3.551,57	3.778,84	4.006,14	4.232,13	4.459,43
A 15, C 2 und R 1	2.199,52	2.445,63	2.691,11	2.937,86	3.184,66	3.430,77	3.676,24	3.921,72	4.169,11	4.415,27	4.661,36	4.906,85
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	2.333,28	2.591,75	2.849,54	3.108,00	3.365,81	3.624,30	3.881,45	4.139,91	4.397,72	4.656,20	4.914,00	5.171,80
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	2.339,11	2.609,94	2.881,39	3.152,85	3.423,65	3.695,07	3.966,54	4.237,97	4.508,78	4.780,87	5.052,32	5.322,48
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2.608,63	2.906,72	3.206,72	3.504,81	3.804,19	4.101,60	4.400,32	4.699,04	4.998,42	5.297,12	5.595,22	5.894,60
B 8 und hö- her, R 8 und höher	2.817,74	3.154,10	3.492,46	3.828,22	4.166,54	4.502,94	4.839,97	5.177,00	5.514,02	5.850,44		

Anlage 13

(ehemals Anlage VIh des BBesG)

Anhang zu Artikel 1 § 2 Absatz 3 BerlBVAnpG 2019/20

Gültig ab 1.04.2019

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5)
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	855,27	997,46	1.135,80	1.276,72	1.416,33	1.555,98	1.696,20	1.836,52	1.977,41	2.117,03	2.256,67	2.396,93
A 9	1.000,73	1.152,03	1.303,99	1.453,34	1.605,30	1.757,25	1.908,57	2.061,85	2.213,81	2.365,12	2.517,08	2.669,05
A 10	1.131,90	1.287,08	1.444,28	1.598,18	1.754,67	1.910,54	2.067,04	2.223,54	2.378,75	2.535,89	2.689,80	2.845,67
A 11	1.232,57	1.398,81	1.563,10	1.728,05	1.893,66	2.057,92	2.223,54	2.387,20	2.552,79	2.717,73	2.882,68	3.048,29
A 12	1.369,57	1.543,62	1.718,29	1.891,70	2.065,08	2.238,47	2.412,51	2.585,23	2.760,60	2.933,99	3.108,00	3.280,78
A 13 und C 1	1.509,19	1.687,15	1.867,67	2.047,56	2.227,46	2.406,01	2.584,60	2.765,15	2.944,38	3.123,58	3.303,50	3.482,75
A 14	1.648,17	1.834,55	2.019,62	2.204,71	2.391,10	2.577,47	2.763,81	2.948,92	3.135,95	3.322,33	3.507,40	3.693,78
A 15, C 2 und R 1	1.842,36	2.046,27	2.248,88	2.452,15	2.655,39	2.859,31	3.062,55	3.265,83	3.469,08	3.672,37	3.876,89	4.079,52
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1.956,01	2.168,99	2.381,35	2.595,65	2.808,01	3.021,00	3.235,31	3.447,64	3.660,67	3.873,02	4.087,97	4.300,97
B 3, B 4, C 4,												
R 3 und R 4	1.961,19	2.185,23	2.408,63	2.632,01	2.856,05	3.079,46	3.303,50	3.526,88	3.750,92	3.974,33	4.199,00	4.421,77
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2.191,70	2.437,86	2.682,69	2.928,78	3.173,61	3.419,10	3.663,92	3.910,02	4.154,85	4.399,69	4.645,80	4.890,61
B 8 und hö- her, R 8 und höher	2.370,97	2.648,90	2.928,78	3.207,38	3.485,30	3.764,55	4.043,15	4.320,43	4.600,32	4.879,60		

Anlage 14
(ehemals Anlage VII des BBesG)

Anhang zu Artikel 1 § 2 Absatz 3 BerlBVAnpG 2019/20

Gültig ab 1.04.2019

**Auslandskinderzuschlag (§ 56)
(Monatsbeträge in Euro je Kind)**

Besoldungs- gruppe	nach § 56 Abs. 1 Nr. 1												nach § 56 Abs. 1 Nr. 2
	Stufe des Auslandszuschlages												
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
A 2 bis A 16													
B 1 bis B 11	155,20	177,93	201,30	222,74	246,77	269,51	291,59	314,30	337,02	360,42	383,15	403,92	155,20

Anlage 15

Anhang zu Artikel 1 § 3 Absatz 1 BerlBVAnpG 2019/2020

Gültig ab 1.02.2020

1. Besoldungsordnungen A

Grundgehaltssätze								
(Monatsbeträge in Euro)								
Erfahrungs- zeiten	2 Jahre	3 Jahre (in den Besoldungsgruppen A4-A7 2 Jahre)			4 Jahre (in den Besoldungsgruppen A4-A8 3 Jahre)			
Besoldungs- gruppe	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6	Stufe 7	Stufe 8
A4	2.180,53	2.245,92	2.301,68	2.357,33	2.387,03	2.419,06	2.474,72	2.549,00
A5	2.196,47	2.275,73	2.332,51	2.391,95	2.449,99	2.511,99	2.567,48	2.620,79
A6	2.244,83	2.311,53	2.437,61	2.501,97	2.560,02	2.626,96	2.686,31	2.749,43
A7	2.336,35	2.400,50	2.480,89	2.626,96	2.715,99	2.791,28	2.850,67	2.956,99
A8	2.471,10	2.639,24	2.745,61	2.851,94	3.008,95	3.094,30	3.159,28	3.221,69
A9	2.621,81	2.712,13	2.851,94	3.011,51	3.128,69	3.273,90	3.358,90	3.441,23
A10	2.812,45	2.932,34	3.128,69	3.327,55	3.472,61	3.617,69	3.751,00	3.860,78
A11	3.222,96	3.409,85	3.599,38	3.790,19	3.915,67	4.051,60	4.213,66	4.312,98
A12	3.463,45	3.818,94	3.915,67	4.174,45	4.293,37	4.524,70	4.613,57	4.774,35
A13	4.090,78	4.301,23	4.511,64	4.723,36	4.922,03	5.016,14	5.214,79	5.319,33
A14	4.306,44	4.576,98	4.876,29	5.142,90	5.324,58	5.499,70	5.687,91	5.881,33
A15	5.282,74	5.555,89	5.715,35	5.903,55	6.091,76	6.278,64	6.431,56	6.655,06
A16	5.834,29	6.119,21	6.336,16	6.553,13	6.768,78	6.985,72	7.202,67	7.415,73

Gültig ab 1.02.2020

2. Besoldungsordnungen B

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	
B 1	6.649,64
B 2	7.735,64
B 3	8.195,40
B 4	8.676,97
B 5	9.229,41
B 6	9.751,13
B 7	10.258,61
B 8	10.787,57
B 9	11.444,31
B 10	13.483,77
B 11	14.009,41

Gültig ab 1.02.2020

3. Besoldungsordnung W**Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in Euro)**

Besoldungsgruppe	W 1	W 2	W 3
	4.607,77	6.091,76	6.985,72

4. Landesbesoldungsordnung R

Grundgehaltssätze (Monatsbeträge in Euro)								
Erfahrungszeiten	3 Jahre		2 Jahre			3 Jahre		
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6	Stufe 7	Stufe 8
BesGr.								
R 1	4.480,25	4.750,82	5.261,83	5.782,00	6.069,53	6.325,72	6.563,59	6.845,88
R 2	5.363,78	5.623,87	5.885,25	6.418,50	6.692,97	6.959,56	7.201,37	7.469,30
R 3	8.195,98							
R 4	8.678,25							
R 5	9.229,77							
R 6	9.751,25							
R 7	10.259,67							
R 8	10.787,67							
R 9	11.445,08							
R 10	14.065,53							

Anlage 16

Anhang zu Artikel 1 § 3 Absatz 1 BerlBVAnpG 2019/20

Gültig ab 1.02.2020

Familienzuschlag
(Monatsbeträge in Euro)

	Stufe 1 (§ 40 Abs. 1 BBesG in der Überleitungs- fassung für Berlin)
Besoldungsgruppen A 2 bis A 8	135,64
übrige Besoldungsgruppen	142,45

Für das erste und zweite zu berücksichtigende Kind erhöht sich der Familienzuschlag der Stufe 1 um je 121,84 Euro (Stufe 2 und 3), für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 379,67 Euro (Stufe 4 und höher).

Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 5

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 5 um je 6,05 Euro, ab Stufe 3 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind

in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 3 um je	30,27 Euro,
in der Besoldungsgruppe A 4 um je und	24,22 Euro und
in der Besoldungsgruppe A 5 um je	18,17 Euro.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Anrechnungsbetrag nach § 39 Abs. 2 Satz 1 des Bundesbesoldungsgesetzes in der Überleitungsfassung für Berlin

in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 8:	126,08
in den Besoldungsgruppen A 9 bis A 12:	133,86

Anlage 17

Anhang zu Artikel 1 § 3 Absatz 2 BerlBVAnpG 2019/20

Gültig ab 1.02.2020

**Anwärtergrundbetrag
(Monatsbeträge in Euro)**

Eingangsamt, in das der Anwärter nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag
A 2 bis A 4	1.106,29
A 5 bis A 8*	1.236,74
A 9 bis A 11	1.295,07
A 12	1.446,10
A 13	1.480,46
A 13 + Zulage	
(Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe c der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B) oder R 1	1.518,19

*) Anwärter im mittleren Dienst der Berliner Feuerwehr, die nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes in das Eingangsamt BesGr. A 7 (Brandmeister) eintreten, erhalten vom Beginn des Kalendermonats an, in dem sie ein Praktikum im Einsatzdienst auf der Feuerwache mit einer durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit von über 40 Stunden beginnen, bis zum Schluss des Kalendermonats, in dem dieses endet, einen um 20 Prozent erhöhten Anwärtergrundbetrag.

Anlage 18

Anhang zu Artikel 1 § 3 Absatz 1 BerlBVAnpG 2019/20

Gültig ab 1.02.2020

Amtszulagen, Stellsulagen, Zulagen, Vergütungen
 (Monatsbeträge)

- in der Reihenfolge der Gesetzesstellen -

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil
Bundesbesoldungsgesetz in der Überleitungsfassung für Berlin (BBesG BE)		Nummer 7	
§ 44 bis zu	111,25	Die Zulage beträgt für Beamte und Solaten der Besoldungsgruppen	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe *)
§ 48 Abs. 2 bis zu	102,26	A 2 bis A 5	A 5
§ 78 bis zu	83,43	A 6 bis A 9	A 9
Bundesbesoldungsordnungen A und B		A 10 bis A 13	A 13
Vorbemerkungen		A 14, A 15, B 1	A 15
Nummer 2 Abs. 2	139,05	A 16, B 2 bis B 4	B 3
Nummer 4	55,62	B 5 bis B 7	B 6
Nummer 4a	83,43	B 8 bis B 10	B 9
Nummer 5		B 11	B 11
Die Zulage beträgt für		Nummer 8	
Mannschaften, Unteroffiziere/Beamte der Besoldungsgruppen A 5 und A 6	38,94	Die Zulage beträgt für Beamte der Besoldungsgruppen	
Unteroffiziere/Beamte der Besoldungsgruppen A 7 bis A 9	55,62	A 2 bis A 5	131,41
Offiziere/Beamte des gehobenen und höheren Dienstes	83,43	A 6 bis A 9	175,21
Nummer 5a		A 10 und höher	219,01
Abs. 1		Nummer 8a	
Buchstabe a	100,12	Die Zulage beträgt für Beamte der Besoldungsgruppen	
Buchstabe b	166,87	A 2 bis A 5	76,21
Buchstabe c	239,17	A 6 bis A 9	103,92
Abs. 2		A 10 bis A 13	128,17
Nr. 1 Buchstabe a	150,18	A 14 und höher	152,41
Buchstabe b	111,25	für Anwärter der Laufbahngruppe	
Nr. 2 Buchstabe a	111,25	des mittleren Dienstes	55,44
Buchstabe b	44,49	des gehobenen Dienstes	72,75
Nr. 3	72,31	des höheren Dienstes	90,07
Nr. 4 und 5	66,75	Nummer 8b	
Nr. 6 Buchstabe a	111,25	Die Zulage beträgt für Beamte der Besoldungsgruppen	
Buchstabe b	111,25	A 2 bis A 5	100,12
Nr. 7 Buchstabe a	111,25	A 6 bis A 9	133,49
Buchstabe b	44,49	A 10 bis A 13	166,87
Nr. 8 Buchstabe a	139,05	A 14 und höher	200,25
Buchstabe b	72,31	Nummer 9	
Nr. 9	66,75	Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit	
Nummer 6 Abs. 1		von einem Jahr	72,75
Buchstabe a	500,59	von zwei Jahren	145,50
Buchstabe b	400,47	*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091).	
Buchstabe c	320,37		
Nummer 6 a	111,25		

Anlage 18

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil
Nummer 9a	
Abs. 1	
Buchstabe a	111,25
Buchstabe b	222,48
Buchstabe c	166,87
Abs. 2	
Buchstabe a	44,49
Buchstabe b	55,62
Nummer 10	
Abs. 1	
Die Zulage beträgt	
nach einer Dienstzeit	
von einem Jahr	72,75
von zwei Jahren	145,50
Abs. 3	217,57
Nummer 12	
Die Zulage beträgt	103,92
nach einer Dienstzeit	
von zwei Jahren	138,57
Nummer 12a	103,92
Nummer 13a	bis zu 83,43
Nummer 13c	
Die Zulage beträgt	
für Beamte der Besoldungsgruppen	
A 2 bis A 7	46,02
A 8 bis A 11	61,36
A 12 bis A 15	71,58
A 16 und höher	92,03
Nummer 13d	
Die Zulage beträgt	
für Beamte der Besoldungsgruppen	
A 2 und A 3	12,78
A 4 bis A 6	17,90
A 7 bis A 10	35,79
A 11	40,90
A 12 bis A 15	48,57
A 16 bis B 4	58,80
B 5 bis B 7	71,58
Nummer 19 Satz 1	286,24
Nummer 21	240,13
Nummer 25	41,72
Nummer 26 Abs. 1	
Die Zulage beträgt für Beamte	
des mittleren Dienstes	18,54
des gehobenen Dienstes	41,72

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil
Nummer 27	
Abs. 1	
Buchstabe a	
Doppelbuchstabe aa	22,17
Doppelbuchstabe bb	86,70
Buchstabe b	
Doppelbuchstabe aa	22,17
Doppelbuchstabe bb	86,70
Buchstabe c	96,37
Buchstabe d	96,37
Abs. 2	
Buchstabe a	
Doppelbuchstabe bb	64,58
Buchstabe b	
Doppelbuchstabe bb	64,58
Buchstabe c und d	96,37
Nummer 30	25,03
Besoldungs- gruppen	Fußnote
A 2	1
	2
	3
A 3	1, 5
	2
	7
A 4	1, 4
	2
	5
A 5	3
	4, 6
A 6	6
A 7	2
	5 50 v. H. des jeweiligen Unter- schiedsbetrages zum Grundgehalt der Besoldungs- gruppe A 8
A 8	2
A 9	2, 3, 6
	7 8 v. H. des Endgrund- gehalts der Besoldungs- gruppe A 9
A 12	7, 8
A 13	6
	7
	11, 12, 13
A 14	5
A 15	7
B 10	1
	178,98
	143,16
	214,73
	313,19
	214,73
	214,73
	496,16

Anlage 18

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, Vomhundert, Bruchteil
Landesbesoldungsordnung R Vorbemerkungen Nummer 2 Die Zulage beträgt 12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungs- gruppe *) a) bei Verwendung bei obersten Gerichtshöfen des Bundes für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n) R 1 R 1 R 2 bis R 4 R 3 R 5 bis R 7 R 6 R 8 bis R 10 R 9 b) bei Verwendung bei obersten Bundesbehörden oder bei obersten Gerichtshöfen des Bundes, wenn ihnen kein Richter- amt übertragen ist, für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n) R 1 A 15 R 2 bis R 4 B 3 R 5 bis R 7 B 6 R 8 bis R 10 B 9	
Nummer 4	41,72
Besoldungs- gruppen R 1 R 2 R 3 R 8	Fußnote 1, 2 3 bis 8, 10 3 2
	237,40 237,40 237,40 474,71

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091).

Anlage 19

Anhang zu Artikel 1 § 3 Absatz 1 BerlBVAnpG 2019/20

Gültig ab 1.02.2020

Amtszulagen, Stellenzulagen (Monatsbeträge)

Art der Zulage	Dem Grund nach geregelt in			
	Landesbesol- dungsordnung (LBesO)	Besoldungs- gruppe	Fußnote	Betrag in Euro
1. Amts- zulagen	LBesO A	A 10	2	326,16
		A 11	5	326,16
		A 12	2	214,73
			6	214,73
		A 13	1	143,16
			2	214,73
			3	357,83
		A 14	1	214,73
			2	250,47
			3	357,83
		A 15	1	357,83
			2	396,98
			3	214,73
	LBesO A (künftig weg- fallende Ämter)	A 15 (kw)	1	214,73
2. Stellen- zulagen	LBesO A (künftig weg- fallende Ämter)	A 10 (kw)	1	41,98
	LBesO B	B 7	1	93,29

Anlage 20
(ehemals Anlage Via des BBesG)

Anhang zu Artikel 1 § 3 Absatz 3 BerlBVAnpG 2019/20

gültig ab 1.02.2020

**Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 2)
(Monatsbeträge in Euro)**

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	1.111,05	1.311,25	1.514,09	1.715,62	1.918,50	2.121,35	2.321,53	2.525,75	2.724,60	2.928,11	3.130,29	3.331,17
A 9	1.306,55	1.523,50	1.739,10	1.956,08	2.174,42	2.390,71	2.607,70	2.825,32	3.041,62	3.258,61	3.474,91	3.691,88
A 10	1.474,46	1.702,16	1.926,55	2.152,27	2.377,27	2.603,67	2.828,67	3.053,72	3.278,08	3.503,09	3.729,48	3.954,51
A 11	1.605,46	1.841,90	2.076,34	2.311,45	2.546,56	2.780,98	3.016,78	3.251,86	3.487,65	3.722,07	3.957,20	4.191,64
A 12	1.787,49	2.036,69	2.285,25	2.535,14	2.783,68	3.034,24	3.282,78	3.532,67	3.781,21	4.031,10	4.280,97	4.530,21
A 13 und C 1	1.965,53	2.225,47	2.483,41	2.742,71	3.001,32	3.260,64	3.519,93	3.778,54	4.038,49	4.296,40	4.556,41	4.815,02
A 14	2.146,87	2.414,91	2.682,94	2.951,61	3.219,62	3.488,33	3.756,35	4.023,70	4.291,70	4.560,44	4.827,76	5.095,13
A 15, C 2 und R 1	2.398,77	2.688,30	2.977,84	3.267,32	3.556,86	3.847,04	4.135,87	4.426,76	4.716,28	5.006,46	5.295,98	5.585,50
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	2.534,42	2.838,78	3.143,06	3.446,70	3.752,32	4.055,27	4.359,56	4.663,88	4.968,16	5.273,15	5.576,78	5.880,41
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	2.534,42	2.849,51	3.167,90	3.486,30	3.804,73	4.124,46	4.442,86	4.761,94	5.080,37	5.399,43	5.717,85	6.036,25
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2.791,08	3.144,40	3.497,73	3.850,42	4.203,72	4.557,07	4.909,75	5.262,39	5.616,41	5.968,38	6.321,05	6.675,76
B 8 und hö- her, R 8 und höher	2.989,92	3.388,92	3.786,60	4.185,60	4.583,95	4.982,94	5.382,62	5.780,97	6.180,01	6.578,31	6.977,33	7.375,70

Anlage 21
(ehemals Anlage V/b des BBesG)

Anhang zu Artikel 1 § 3 Absatz 3 BerlBVAnpG 2019/20

gültig ab 1.02.2020

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 3)
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	945,14	1.115,07	1.286,38	1.458,36	1.631,66	1.802,96	1.973,55	2.146,21	2.316,14	2.489,45	2.660,74	2.831,37
A 9	1.109,71	1.295,11	1.477,83	1.662,57	1.849,28	2.032,68	2.217,41	2.402,14	2.585,51	2.770,24	2.953,62	3.137,04
A 10	1.253,49	1.447,61	1.638,38	1.829,82	2.021,92	2.212,72	2.404,84	2.596,26	2.785,71	2.977,84	3.170,61	3.361,38
A 11	1.364,96	1.565,15	1.764,65	1.964,85	2.165,00	2.365,19	2.564,67	2.764,86	2.963,70	3.163,22	3.364,07	3.562,24
A 12	1.518,13	1.731,08	1.942,64	2.154,25	2.367,22	2.578,78	2.789,74	3.001,99	3.214,92	3.426,54	3.638,80	3.850,42
A 13 und C 1	1.671,29	1.891,63	2.110,60	2.331,59	2.551,26	2.771,60	2.991,92	3.211,58	3.433,25	3.652,25	3.872,57	4.092,90
A 14	1.825,12	2.052,83	2.279,89	2.509,63	2.736,66	2.964,39	3.191,42	3.419,82	3.648,20	3.875,94	4.103,63	4.330,69
A 15, C 2 und R 1	2.038,73	2.284,58	2.530,46	2.777,64	3.024,84	3.269,36	3.515,19	3.763,07	4.009,60	4.255,46	4.501,32	4.748,51
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	2.153,60	2.412,21	2.670,84	2.930,13	3.188,07	3.446,70	3.705,98	3.963,92	4.223,23	4.483,18	4.740,46	4.999,05
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	2.153,60	2.422,29	2.693,01	2.963,70	3.233,76	3.505,14	3.776,49	4.047,20	4.317,93	4.588,65	4.859,35	5.130,08
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2.373,25	2.672,17	2.972,43	3.272,71	3.572,98	3.873,23	4.173,50	4.473,77	4.773,35	5.074,31	5.373,22	5.674,16
B 8 und hö- her, R 8 und höher	2.541,19	2.880,44	3.219,62	3.558,19	3.898,11	4.235,31	4.574,54	4.913,09	5.252,32	5.590,87	5.930,10	6.269,34

Anlage 22

(ehemals Anlage VIc des BBesG)

Anhang zu Artikel 1 § 3 Absatz 3 BerlBVerfG 2019/20

gültig ab 1.02.2020

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	778,55	917,61	1.060,66	1.201,09	1.343,47	1.484,56	1.625,60	1.768,01	1.907,73	2.050,14	2.191,21	2.332,28
A 9	914,24	1.065,36	1.217,21	1.368,33	1.522,81	1.673,98	1.825,78	1.977,62	2.129,41	2.279,89	2.432,36	2.584,20
A 10	1.033,12	1.191,66	1.348,85	1.507,38	1.664,58	1.823,10	1.980,28	2.137,45	2.296,03	2.452,53	2.609,70	2.768,89
A 11	1.124,49	1.288,41	1.453,66	1.618,22	1.783,47	1.946,68	2.111,29	2.275,84	2.441,10	2.604,33	2.770,24	2.934,17
A 12	1.250,79	1.425,41	1.599,40	1.775,39	1.948,69	2.123,35	2.298,65	2.471,97	2.646,67	2.821,98	2.996,63	3.171,95
A 13 und C 1	1.375,72	1.557,09	1.737,77	1.919,13	2.101,20	2.281,89	2.463,27	2.644,62	2.826,67	3.007,37	3.189,42	3.370,13
A 14	1.503,33	1.690,76	1.877,49	2.064,92	2.254,36	2.441,77	2.629,18	2.816,59	3.004,01	3.191,42	3.378,85	3.566,95
A 15, C 2 und R 1	1.678,67	1.880,89	2.084,41	2.287,93	2.490,16	2.693,67	2.895,88	3.098,73	3.301,60	3.504,44	3.707,33	3.909,50
A 16 bis B 2,												
C 3 und R 2	1.774,07	1.986,99	2.199,28	2.412,21	2.626,49	2.839,45	3.051,02	3.264,66	3.477,59	3.691,88	3.904,15	4.116,43
B 3, B 4, C 4,												
R 3 und R 4	1.774,07	1.993,71	2.217,41	2.440,41	2.663,41	2.887,81	3.109,48	3.331,83	3.555,52	3.779,19	4.001,55	4.225,26
B 5 bis B 7,												
R 5 bis R 7	1.954,10	2.200,63	2.448,50	2.695,69	2.942,21	3.189,42	3.437,27	3.683,81	3.931,66	4.177,54	4.425,41	4.673,27
B 8 und hö- her, R 8 und höher	2.092,46	2.371,90	2.650,70	2.930,13	3.209,55	3.489,00	3.767,78	4.047,20	4.325,32	4.604,78	4.884,18	5.162,96

Anlage 23
(ehemals Anlage VId des BBesG)

Anhang zu Artikel 1 § 3 Absatz 3 BerlBVAnpG 2019/20

gültig ab 1.02.2020

**Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)
Unterkunft und Verpflegung
(Monatsbeträge in Euro)**

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	544,80	642,85	741,62	841,02	940,42	1.039,19	1.137,26	1.238,00	1.334,76	1.435,51	1.533,57	1.633,00
A 9	639,51	745,61	851,76	957,90	1.065,36	1.171,50	1.278,32	1.384,45	1.489,92	1.596,06	1.703,54	1.807,66
A 10	723,48	834,27	944,50	1.054,62	1.165,47	1.276,30	1.387,17	1.497,28	1.606,80	1.716,29	1.827,11	1.937,28
A 11	785,94	902,83	1.017,01	1.132,53	1.247,42	1.362,95	1.477,83	1.593,35	1.708,90	1.823,77	1.938,66	2.053,49
A 12	875,28	997,54	1.121,13	1.242,06	1.364,29	1.485,86	1.608,79	1.731,08	1.853,32	1.974,92	2.097,14	2.219,43
A 13 und C 1	962,59	1.089,56	1.216,53	1.344,15	1.470,43	1.597,40	1.725,05	1.851,99	1.978,94	2.105,88	2.232,87	2.359,82
A 14	1.052,62	1.183,60	1.314,58	1.446,93	1.577,92	1.709,59	1.840,55	1.971,56	2.102,54	2.234,21	2.365,86	2.496,83
A 15, C 2 und R 1	1.175,54	1.317,28	1.459,01	1.600,75	1.742,50	1.883,54	2.027,29	2.169,74	2.310,77	2.453,19	2.594,93	2.737,33
A 16 bis B 2,												
C 3 und R 2	1.242,06	1.391,16	1.539,62	1.688,08	1.838,56	1.986,99	2.136,12	2.285,25	2.435,05	2.584,20	2.732,62	2.881,10
B 3, B 4, C 4,												
R 3 und R 4	1.242,06	1.395,85	1.552,39	1.708,90	1.864,08	2.019,90	2.177,78	2.332,93	2.489,45	2.644,62	2.802,52	2.958,34
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1.367,66	1.540,28	1.713,63	1.886,91	2.059,54	2.232,87	2.406,18	2.578,78	2.752,10	2.924,73	3.098,05	3.270,00
B 8 und hö- her, R 8 und höher	1.465,05	1.659,85	1.856,01	2.050,81	2.246,28	2.441,77	2.637,25	2.832,05	3.028,90	3.223,01	3.418,45	3.614,63

Anlage 24

(ehemals Anlage VIe des BBesG)

Anhang zu Artikel 1 § 3 Absatz 3 BerIBVAnpG 2019/20

gültig ab 1.02.2020

**Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)
Unterkunft und Verpflegung
(Monatsbeträge in Euro)**

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	661,65	779,89	901,46	1.020,36	1.141,26	1.261,54	1.382,47	1.503,33	1.621,58	1.742,50	1.862,06	1.982,97
A 9	777,21	906,17	1.035,16	1.164,16	1.294,45	1.422,07	1.552,39	1.680,69	1.809,68	1.938,66	2.066,95	2.195,92
A 10	877,27	1.012,32	1.145,99	1.281,00	1.414,68	1.549,69	1.682,73	1.817,03	1.950,05	2.084,41	2.219,43	2.353,09
A 11	955,22	1.095,58	1.236,00	1.375,72	1.514,79	1.654,49	1.795,55	1.934,62	2.075,01	2.214,72	2.354,45	2.494,19
A 12	1.063,35	1.211,83	1.360,27	1.508,05	1.655,82	1.804,28	1.953,42	2.101,20	2.250,99	2.398,77	2.546,56	2.695,69
A 13 und C 1	1.169,52	1.324,02	1.477,15	1.632,33	1.786,13	1.939,31	2.093,81	2.248,30	2.402,80	2.556,65	2.711,12	2.864,98
A 14	1.277,66	1.438,19	1.596,06	1.755,93	1.915,12	2.075,65	2.234,21	2.393,38	2.553,29	2.713,16	2.871,68	3.032,87
A 15, C 2 und R 1	1.426,77	1.598,71	1.771,36	1.944,02	2.117,32	2.289,29	2.461,26	2.633,88	2.806,53	2.978,49	3.151,12	3.323,08
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1.508,05	1.688,08	1.870,14	2.050,81	2.232,18	2.412,88	2.594,23	2.774,97	2.956,33	3.137,04	3.318,38	3.499,10
B 3, B 4, C 4,												
R 3 und R 4	1.508,05	1.695,46	1.883,54	2.075,01	2.263,75	2.454,52	2.643,27	2.832,73	3.023,47	3.212,27	3.401,68	3.591,11
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1.660,52	1.870,78	2.081,06	2.291,32	2.500,22	2.711,78	2.921,37	3.131,63	3.340,54	3.551,48	3.761,71	3.971,98
B 8 und hö- her, R 8 und höher	1.780,09	2.015,88	2.254,36	2.490,80	2.727,92	2.965,06	3.202,83	3.439,96	3.675,75	3.913,56	4.150,65	4.389,14

Anlage 25
(ehemals Anlage VI f des BBesG)

Anhang zu Artikel 1 § 3 Absatz 3 BerlBVerfG 2019/20

gültig ab 1.02.2020

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5)
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	1.231,31	1.440,22	1.647,10	1.856,68	2.061,56	2.270,49	2.479,38	2.688,30	2.895,88	3.102,76	3.310,32	3.519,93
A 9	1.442,22	1.664,58	1.889,60	2.110,60	2.333,64	2.555,95	2.778,31	3.002,67	3.225,00	3.447,37	3.671,74	3.894,72
A 10	1.630,97	1.862,73	2.093,81	2.324,19	2.555,28	2.787,05	3.018,10	3.249,86	3.482,28	3.712,03	3.943,78	4.175,53
A 11	1.775,39	2.017,24	2.260,40	2.502,21	2.745,40	2.988,58	3.230,39	3.472,86	3.716,05	3.958,58	4.201,71	4.443,55
A 12	1.973,55	2.230,17	2.486,09	2.742,04	2.997,96	3.253,89	3.509,83	3.766,43	4.022,38	4.278,31	4.534,25	4.790,15
A 13 und C 1	2.171,06	2.438,39	2.705,09	2.972,43	3.240,43	3.506,47	3.773,84	4.041,82	4.309,87	4.575,90	4.843,22	5.111,92
A 14	2.370,56	2.646,02	2.922,75	3.198,81	3.475,56	3.753,00	4.028,40	4.304,50	4.579,90	4.856,65	5.132,08	5.410,18
A 15, C 2 und R 1	2.649,34	2.950,28	3.250,53	3.550,81	3.850,42	4.150,65	4.451,61	4.751,87	5.052,14	5.351,75	5.650,65	5.952,94
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	2.809,89	3.124,24	3.439,96	3.755,66	4.068,73	4.383,76	4.697,45	5.013,17	5.327,56	5.641,93	5.957,67	6.272,02
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	2.810,56	3.141,72	3.472,21	3.802,70	4.133,21	4.463,69	4.794,84	5.125,35	5.455,87	5.786,36	6.117,52	6.447,34
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	3.133,66	3.497,07	3.859,80	4.223,90	4.587,28	4.950,68	5.314,12	5.678,19	6.040,92	6.405,00	6.768,45	7.132,53
B 8 und hö- her, R 8 und höher	3.379,52	3.789,96	4.201,05	4.612,12	5.022,59	5.432,35	5.844,11	6.253,89	6.664,34	7.076,07		

Anlage 26

(ehemals Anlage VIg des BBesG)

Anhang zu Artikel 1 § 3 Absatz 3 BerIBVAnpG 2019/20

gültig ab 1.02.2020

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5)
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	1.057,31	1.231,96	1.409,30	1.584,64	1.761,33	1.938,66	2.113,95	2.291,32	2.467,95	2.642,60	2.820,62	2.994,62
A 9	1.234,62	1.422,07	1.615,56	1.803,64	1.992,39	2.181,81	2.370,56	2.558,65	2.748,11	2.938,17	3.126,95	3.316,36
A 10	1.396,54	1.595,37	1.792,20	1.991,03	2.188,52	2.384,66	2.582,82	2.778,98	2.978,49	3.175,33	3.372,12	3.570,96
A 11	1.523,50	1.729,74	1.935,94	2.142,85	2.349,07	2.555,95	2.762,19	2.969,75	3.176,00	3.382,21	3.589,09	3.795,98
A 12	1.694,81	1.911,09	2.128,71	2.345,70	2.563,35	2.779,69	2.997,31	3.214,92	3.432,59	3.648,88	3.865,86	4.082,81
A 13 und C 1	1.864,73	2.091,79	2.318,16	2.545,21	2.772,95	2.999,32	3.225,70	3.452,05	3.680,45	3.906,83	4.133,21	4.360,25
A 14	2.034,69	2.267,78	2.502,21	2.737,33	2.971,79	3.206,23	3.440,64	3.673,74	3.908,83	4.143,95	4.377,72	4.612,83
A 15, C 2 und R 1	2.275,18	2.529,76	2.783,68	3.038,92	3.294,21	3.548,79	3.802,70	4.056,63	4.312,53	4.567,16	4.821,71	5.075,65
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	2.413,54	2.680,91	2.947,56	3.214,92	3.481,59	3.748,98	4.014,97	4.282,32	4.549,00	4.816,37	5.083,04	5.349,71
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	2.419,58	2.699,72	2.980,51	3.261,31	3.541,42	3.822,18	4.102,99	4.383,76	4.663,88	4.945,33	5.226,12	5.505,57
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2.698,37	3.006,71	3.317,03	3.625,38	3.935,05	4.242,70	4.551,69	4.860,69	5.170,37	5.479,34	5.787,70	6.097,37
B 8 und hö- her, R 8 und höher	2.914,67	3.262,60	3.612,60	3.959,91	4.309,87	4.657,84	5.006,46	5.355,09	5.703,70	6.051,70		

Anlage 27
(ehemals Anlage VIh des BBesG)

Anhang zu Artikel 1 § 3 Absatz 3 BerlBVAnpG 2019/20

gültig ab 1.02.2020

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5)
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	884,69	1.031,77	1.174,87	1.320,64	1.465,05	1.609,51	1.754,55	1.899,70	2.045,43	2.189,86	2.334,30	2.479,38
A 9	1.035,16	1.191,66	1.348,85	1.503,33	1.660,52	1.817,70	1.974,22	2.132,78	2.289,97	2.446,48	2.603,67	2.760,87
A 10	1.170,84	1.331,36	1.493,96	1.653,16	1.815,03	1.976,26	2.138,15	2.300,03	2.460,58	2.623,12	2.782,33	2.943,56
A 11	1.274,97	1.446,93	1.616,87	1.787,49	1.958,80	2.128,71	2.300,03	2.469,32	2.640,61	2.811,22	2.981,84	3.153,15
A 12	1.416,68	1.596,72	1.777,40	1.956,77	2.136,12	2.315,47	2.495,50	2.674,16	2.855,56	3.034,92	3.214,92	3.393,64
A 13 und C 1	1.561,11	1.745,19	1.931,92	2.118,00	2.304,08	2.488,78	2.673,51	2.860,27	3.045,67	3.231,03	3.417,14	3.602,56
A 14	1.704,87	1.897,66	2.089,09	2.280,55	2.473,35	2.666,13	2.858,89	3.050,36	3.243,83	3.436,62	3.628,05	3.820,85
A 15, C 2 und R 1	1.905,74	2.116,66	2.326,24	2.536,50	2.746,74	2.957,67	3.167,90	3.378,17	3.588,42	3.798,70	4.010,26	4.219,86
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	2.023,30	2.243,60	2.463,27	2.684,94	2.904,61	3.124,92	3.346,60	3.566,24	3.786,60	4.006,25	4.228,60	4.448,92
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	2.028,65	2.260,40	2.491,49	2.722,55	2.954,30	3.185,39	3.417,14	3.648,20	3.879,95	4.111,05	4.343,45	4.573,88
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2.267,09	2.521,72	2.774,97	3.029,53	3.282,78	3.536,72	3.789,96	4.044,52	4.297,78	4.551,04	4.805,62	5.058,85
B 8 und hö- her, R 8 und höher	2.452,53	2.740,02	3.029,53	3.317,71	3.605,19	3.894,05	4.182,23	4.469,05	4.758,57	5.047,46		

(ehemals Anlage VIi des BBesG)

gültig ab 1.02.2020

Auslandskinderzuschlag (§ 56)
(Monatsbeträge in Euro je Kind)

Besoldungs- gruppe	nach § 56 Abs. 1 Nr. 1												nach § 56 Abs. 1 Nr. 2
	Stufe des Auslandszuschlages												
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
A 2 bis A 16 B 1 bis B 11	160,54	184,05	208,22	230,40	255,26	278,78	301,62	325,11	348,61	372,82	396,33	417,81	160,54

Herausgeber:

Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung,
Salzburger Straße 21–25, 10825 Berlin

Redaktion:

Salzburger Straße 21–25, 10825 Berlin
Telefon: 030/9013 3380, Telefax: 030/9013 2000
E-Mail: gvbl@senjustva.berlin.de
Internet: www.berlin.de/sen/justva

Verlag und Vertrieb:

Wolters Kluwer Deutschland GmbH, Luxemburger Straße 449, 50939 Köln
Telefon: 02 21/94 373 - 7000, Telefax 02 21/94 373 - 72 015
Kundenservice: Telefon 02 63 1/801 - 22 22, E-Mail: info-wkd@wolterskluwer.com
www.wolterskluwer.com, www.wolterskluwer.de

Bezugspreis:

Vierteljährlich 17,40 € inkl. Versand und MwSt. bei sechswöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten. Der angewandte Steuersatz beträgt 7% für das Printprodukt und 19% für die Online-Komponente.
Laufender Bezug und Einzelhefte durch den Verlag.
Preis dieses Heftes 11,20 €

Wolters Kluwer Deutschland GmbH
Luxemburger Straße 449 • 50939 Köln

Postvertriebsstück • 03227 • Entgelt bezahlt • Deutsche Post AG